

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Zweites Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

A. Zielsetzung

Im Jahr 2018 haben die Ministerien im Rahmen eines Normenscreenings Gesetze und Verordnungen sowie Verwaltungsvorschriften auf verzichtbare Formerfordernisse hin überprüft und dabei eine größere Zahl an verzichtbaren Formerfordernissen identifiziert. Durch das Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37) wurden die als nicht mehr erforderlich identifizierten Formerfordernisse in Gesetzen und Verordnungen daraufhin abgeschafft. Mit dem Ziel der weiteren Entbürokratisierung wurde nunmehr ein zweites Normenscreening durchgeführt, mit dem Schriftformregelungen im Landesrecht auf ihre Erforderlichkeit hin überprüft wurden. Die als verzichtbar identifizierten Schriftformerfordernisse in Gesetzen und Verordnungen sollen mit diesem Gesetz beseitigt werden. Der Wegfall verzichtbarer Schriftformerfordernisse dient dem Abbau bürokratischer Hürden und erleichtert die Realisierung medienbruchfreier elektronischer Verwaltungsverfahren und elektronischer verwaltungsinterner Verfahrensabläufe.

B. Wesentlicher Inhalt

Der Verzicht auf die nicht erforderlichen Schriftformerfordernisse erfolgt entweder durch vollständige Streichung des jeweiligen Schriftformerfordernisses oder durch Zulassung einer einfachen elektronischen Erklärung neben dem jeweiligen Schriftformerfordernis. Dadurch können Erklärungen beispielsweise auch per einfacher E-Mail erfolgen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten für die öffentlichen Haushalte

Das Regelungsvorhaben lässt keine finanziellen Auswirkungen in Form von Mehrausgaben oder Mindereinnahmen für das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie andere juristische Personen des öffentlichen Rechts erwarten.

E. Bürokratievermeidung, Prüfung Vollzugstauglichkeit

Das vorliegende Gesetz erleichtert und beschleunigt die Durchführung von Verwaltungsverfahren. Diese werden dadurch belastungsärmer und vollzugstauglicher. Die Durchführung eines Praxis-Checks und einer Bürokratielastenschätzung sind nicht erforderlich. Das Gesetz lässt keine erheblichen Auswirkungen für Unternehmen, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger oder aufwendige Verwaltungsverfahren erwarten.

F. Nachhaltigkeits-Check

Die Durchführung eines Nachhaltigkeits-Checks ist nicht erforderlich. Durch das Regelungsvorhaben sind offensichtlich keine erheblichen fachbezogenen und fachübergreifenden Wirkungen und Nebenwirkungen sowie langfristige Wirkungen auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse zu erwarten. Vielmehr erleichtert und beschleunigt das vorliegende Gesetz die Durchführung bereits bestehender Verwaltungsverfahren.

G. Digitaltauglichkeits-Check

Ein Digitaltauglichkeits-Check wurde durchgeführt. Die Regelungsinhalte fördern eine zügige, digitale und medienbruchfreie Abwicklung von Verwaltungsverfahren.

H. Sonstige Kosten für Private

Das Regelungsvorhaben lässt keine finanziellen Auswirkungen für Private erwarten.

**Staatsministerium
Baden-Württemberg
Ministerpräsident**

Stuttgart, 2. Dezember 2025

An die
Präsidentin des Landtags
von Baden-Württemberg

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen gemäß Artikel 59 Absatz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften. Ich bitte Sie, die Beschlussfassung des Landtags herbeizuführen. Die federführende Zuständigkeit liegt beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, beteiligt sind das Staatsministerium, das Ministerium für Finanzen, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, das Ministerium der Justiz und für Migration, das Ministerium für Verkehr, das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen.

Mit freundlichen Grüßen

Kretschmann
Ministerpräsident

Der Landtag wolle beschließen,
dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:

Zweites Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

INHALTSÜBERSICHT

- | | |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Artikel 1 | Änderung der Verordnung des Finanzministeriums zum Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen in kommunalen Statistikstellen |
| Artikel 2 | Änderung der Leistungsprämienverordnung des Finanzministeriums |
| Artikel 3 | Änderung des Landesstatistikgesetzes |
| Artikel 4 | Änderung der Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung |
| Artikel 5 | Änderung des Polizeigesetzes |
| Artikel 6 | Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst |
| Artikel 7 | Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst |
| Artikel 8 | Änderung des Feuerwehrgesetzes |
| Artikel 9 | Änderung der Ersthelferverordnung |
| Artikel 10 | Änderung der Härtefallkommissionsverordnung |
| Artikel 11 | Änderung des Gesetzes über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges |
| Artikel 12 | Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit |
| Artikel 13 | Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes |
| Artikel 14 | Änderung der Verordnung der Landesregierung über eine Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz |
| Artikel 15 | Änderung der Hauptschulabschlussprüfungsordnung |
| Artikel 16 | Änderung der Konferenzordnung des Kultusministeriums |
| Artikel 17 | Änderung der Realschulabschlussprüfungsordnung |
| Artikel 18 | Änderung der Landesschulbeiratsverordnung |

- Artikel 19 Änderung der Schulkonferenzordnung
- Artikel 20 Änderung der SMV-Verordnung
- Artikel 21 Änderung der Unterrichtsvergütungsverordnung
- Artikel 22 Änderung der Werkrealschulabschlussprüfungsordnung
- Artikel 23 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Altenpflegehilfe
- Artikel 24 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung generalistische Pflegehilfe
- Artikel 25 Änderung der Elternbeiratsverordnung
- Artikel 26 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure
- Artikel 27 Änderung der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes
- Artikel 28 Änderung der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Gesetzes über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen
- Artikel 29 Änderung der Futtermittelsachkunde-Verordnung
- Artikel 30 Änderung der Gartenbaufachwerkerverordnung
- Artikel 31 Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes
- Artikel 32 Änderung der Landesfischereiverordnung
- Artikel 33 Änderung des Gesetzes über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft
- Artikel 34 Änderung der Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes
- Artikel 35 Änderung der Prüfungsordnung für den tierärztlichen Staatsdienst
- Artikel 36 Änderung der Qualifizierungs- und Prüfungsordnung für Veterinärhygienekontrolleurinnen oder Veterinärhygienekontrolleure
- Artikel 37 Änderung der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über die Durchführung von Abschlussprüfungen in den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft
- Artikel 38 Änderung der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über die Durchführung von Fortbildungsprüfungen in den Berufen der Landwirtschaft
- Artikel 39 Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative
- Artikel 40 Änderung der Gutachterausschussverordnung
- Artikel 41 Änderung des Landesplanungsgesetzes

- Artikel 42 Änderung der Zulassungsverordnung der Akademie für Darstellende Kunst
- Artikel 43 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Archivdienst
- Artikel 44 Änderung der Filmakademie-Prüfungsverordnung Diplomaufbaustudiengänge
- Artikel 45 Änderung der Prüfungsverordnung B.A. Regie
- Artikel 46 Änderung der Bachelor Schauspiel-Prüfungsverordnung
- Artikel 47 Änderung der Master Dramaturgie-Prüfungsverordnung
- Artikel 48 Änderung der Filmakademie-Prüfungsverordnung
- Artikel 49 Änderung der Landesarchivbenutzungsordnung
- Artikel 50 Änderung der Leistungsprämienverordnung des Wissenschaftsministeriums
- Artikel 51 Änderung der Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Eignungsprüfung für die Popakademie Baden-Württemberg
- Artikel 52 Änderung der Master MCI-Prüfungsverordnung
- Artikel 53 Änderung der Master PM-Prüfungsverordnung
- Artikel 54 Änderung der Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Prüfung in den Bachelor-Studiengängen „Musikbusiness“, „Popmusikdesign“ und „Weltmusik“ an der Popakademie Baden-Württemberg
- Artikel 55 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Pflegedienstleitung für Altenhilfe und ambulante Dienste
- Artikel 56 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung
- Artikel 57 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe
- Artikel 58 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten
- Artikel 59 Änderung der Heilerziehungspflegeverordnung
- Artikel 60 Änderung der Heilpädagoginnenverordnung
- Artikel 61 Änderung der Jugend- und Heimerziehungsverordnung
- Artikel 62 Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst in der gesetzlichen Rentenversicherung
- Artikel 63 Änderung der Berufsgerichtsordnung Ärzte

- Artikel 64 Änderung des Chancengleichheitsgesetzes
- Artikel 65 Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie
- Artikel 66 Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit
- Artikel 67 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Gerontopsychiatrie
- Artikel 68 Änderung der Verordnung des Sozialministeriums über den Erwerb der Fachhochschulreife an den staatlich anerkannten Schulen für die Gesundheitsfach- und Krankenpflegeberufe
- Artikel 69 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Hygiene
- Artikel 70 Änderung der Verordnung des Sozialministeriums über Weiterbildungen für Pflegeberufe in Baden-Württemberg
- Artikel 71 Änderung der Jugendhilfe-Schiedsstellenverordnung
- Artikel 72 Änderung der Verordnung des Sozialministeriums über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen
- Artikel 73 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Nephrologie
- Artikel 74 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Onkologie
- Artikel 75 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Operationsdienst und Endoskopiedienst
- Artikel 76 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Stationsleitung
- Artikel 77 Änderung der Prüfungsordnung-Ausbildereignung
- Artikel 78 Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes
- Artikel 79 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Psychiatrie
- Artikel 80 Änderung der Weiterbildungsverordnung – Rehabilitation
- Artikel 81 Änderung der Landesschiedsstellenverordnung Reha
- Artikel 82 Änderung der Schiedsstellenverordnung SGB V
- Artikel 83 Änderung der Schuluntersuchungsverordnung
- Artikel 84 Änderung der Schiedsstellenverordnung – SGB XI
- Artikel 85 Änderung der Verordnung der Landesregierung über den Landespflegeausschuß nach § 92 SGB XI
- Artikel 86 Änderung des Landesmediengesetzes

- Artikel 87 Änderung der Allgemeinen Bergpolizeiverordnung des Umweltministeriums
- Artikel 88 Änderung der Verordnung des Umweltministeriums über Sachverständige und Untersuchungsstellen für Bodenschutz und Altlasten
- Artikel 89 Änderung der Bergpolizeiverordnung des Umweltministeriums für Schacht- und Schrägförderanlagen
- Artikel 90 Änderung der Elektro-Bergverordnung
- Artikel 91 Änderung der Feldes- und Förderabgabeverordnung
- Artikel 92 Änderung der Seismik-Bergverordnung
- Artikel 93 Änderung der Sanierungsfahrplan-Verordnung
- Artikel 94 Änderung der Tiefbohr- und Gasspeicher-Bergpolizeiverordnung
- Artikel 95 Änderung der Verordnung des Umweltministeriums über sachverständige Stellen in der Wasserwirtschaft
- Artikel 96 Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg
- Artikel 97 Änderung der Verordnung des Umweltministeriums über die Erfassung der Wasserentnahmen
- Artikel 98 Änderung des Landesseilbahngesetzes
- Artikel 99 Änderung der Verordnung des Verkehrsministeriums über die Straßenverzeichnisse für Gemeindeverbindungsstraßen
- Artikel 100 Änderung des Landesglücksspielgesetzes
- Artikel 101 Änderung der Gebührenverordnung Innenministerium
- Artikel 102 Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Errichtung von Einigungsstellen bei Industrie- und Handelskammern nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
- Artikel 103 Änderung des KIT-Gesetzes
- Artikel 104 Inkrafttreten

Artikel 1

Änderung der Verordnung des Finanzministeriums
zum Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen
in kommunalen Statistikstellen

In § 3 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung des Finanzministeriums zum Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen in kommunalen Statistikstellen vom 24. Juli 1991 (GBl. S. 509) werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 2

Änderung der Leistungsprämienverordnung
des Finanzministeriums

§ 2 Absatz 2 der Leistungsprämienverordnung des Finanzministeriums vom 28. September 2011 (GBl. S. 489), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 15. Oktober 2020 (GBl. S. 914, 925) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In Satz 3 werden das Wort „schriftlichen“ gestrichen und die Wörter „ein weiterer Abdruck“ durch die Wörter „eine weitere Mehrfertigung“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Landesstatistikgesetzes

In § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Landesstatistikgesetzes vom 24. April 1991 (GBl. S. 215), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 40) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 4

Änderung der Laufbahnbefähigungs-
anerkennungsverordnung

In § 8 Absatz 1 Satz 1 der Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung vom 18. Oktober 2011 (GBl. S. 494), die zuletzt durch Artikel 36 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 6) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 5

Änderung des Polizeigesetzes

In § 42 Absatz 1 des Polizeigesetzes vom 6. Oktober 2020 (GBl. S. 735, ber. S. 1092), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2025 (GBl. 2025 Nr. 149) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 6

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst

In § 28 Absatz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst vom 17. November 2014 (GBl. S. 663), die zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 15. November 2022 (GBl. S. 540, 555) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 7

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst

In § 23 Absatz 2 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst vom 17. November 2014 (GBl. S. 657), die zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 15. November 2022 (GBl. S. 540, 555) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 8

Änderung des Feuerwehrgesetzes

Das Feuerwehrgesetz in der Fassung vom 2. März 2010 (GBl. S. 333), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 14) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 11 Absatz 3 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 12 Absatz 2 Satz 1 und § 13 Absatz 3 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ jeweils die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 9

Änderung der Ersthelferverordnung

In § 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 der Ersthelferverordnung vom 12. Februar 2018 (GBl. S. 57) werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 10

Änderung der Härtefallkommissionsverordnung

In § 4 Absatz 1 Satz 1 der Härtefallkommissionsverordnung vom 28. Juni 2005 (GBl. S. 455), die zuletzt durch Artikel 63 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 9) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 11

Änderung des Gesetzes über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges

In § 3 des Gesetzes über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 447), das durch Artikel 24 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 41) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 12

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

In § 45 Satz 1 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 12. Februar 1975 (GBl. S. 116), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. April 2024 (GBl. 2024 Nr. 29, S. 7) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 13

Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Das Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz in der Fassung vom 22. Mai 2000 (GBl. S. 504), das zuletzt durch Gesetz vom 25. Juli 2023 (GBl. S. 269) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 37 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Wahlvorschläge müssen von einem Zehntel der wahlberechtigten Richter, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten schriftlich oder elektronisch unterstützt werden.“
 - b) In Satz 3 wird das Wort „Unterzeichnung“ durch das Wort „Unterstützung“ ersetzt.
2. In § 89c Absatz 2 und § 89d Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlicher“ jeweils die Wörter „oder elektronischer“ eingefügt.

Artikel 14

Änderung der Verordnung der Landesregierung über eine Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz

Die Verordnung der Landesregierung über eine Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz vom 3. Juni 2014 (GBl. S. 278), die durch Verordnung

vom 15. Januar 2019 (GBl. S. 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird folgender Absatz 6 angefügt:
„(6) Für die Sitzungen des Wahlvorstandes gilt § 22 Absatz 2a LRiStAG entsprechend. Dies gilt nicht für die Prüfung der Wahlbriefe nach § 19 Absatz 3 Satz 1, das Einwerfen der Wahlbriefe in die Wahlurne nach § 19 Absatz 6 Satz 1 und die Feststellung des Wahlergebnisses nach § 20.“
2. § 2 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
„Die Unterzeichnung kann durch eine qualifizierte elektronische Signatur ersetzt werden.“
3. § 7 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 8 wird das Wort „Unterzeichner“ durch das Wort „Unterstützer“ ersetzt.
 - b) In Nummer 9 wird das Wort „unterzeichnet“ durch das Wort „unterstützt“ ersetzt.
4. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „auf“ durch das Wort „in“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
5. § 10 wird wie folgt gefasst:

„§ 10

Unterstützer des Wahlvorschlags

- (1) Ein Wahlberechtigter kann nur einen Wahlvorschlag unterstützen.
- (2) Dem schriftlichen oder elektronischen Wahlvorschlag sind die Amtsbezeichnung und das Gericht, dem die unterstützenden Wahlberechtigten angehören, beizufügen. Bei schriftlicher Einreichung des Wahlvorschlags sind die Namen der Unterzeichner in Block- oder Maschinenschrift zu wiederholen. Dem elektronisch eingereichten Wahlvorschlag sind elektronische Unterstützungserklärungen der Wahlberechtigten beizufügen.
- (3) Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher der Unterstützer zur Vertretung des Wahlvorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist (Vertreter des Wahlvorschlags) und wer ihn im Falle seiner Verhinderung vertritt. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt der an erster Stelle stehende Unterstützer als berechtigt; er wird von dem an zweiter Stelle stehenden Unterstützer vertreten. Bei Wahlvorschlägen, die von einer Spitzenorganisation der Berufsverbände der Richter eingereicht werden, ist Vertreter des Wahlvorschlags die Spitzenorganisation.
- (4) Mitglieder des Wahlvorstands können nicht Vertreter eines Wahlvorschlags oder deren Stellvertreter sein.“

6. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „auf den“ die Wörter „schriftlich eingereichten“ eingefügt.
- b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Fehlen die erforderlichen Unterschriften, elektronischen Unterstützungserklärungen oder Zustimmungserklärungen oder sind sie oder der ganze Wahlvorschlag unter einer Bedingung abgegeben, so können diese Beanstandungen, unbeschadet des § 12 Absatz 4, nach Ablauf der Einreichungsfrist nicht mehr behoben werden.“
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Unterschriften unter einem Wahlvorschlag, Unterstützungserklärungen und Zustimmungserklärungen von Bewerbern können nicht zurückgenommen werden.“

7. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
„2. bei schriftlicher Einreichung die Unterschriften der Unterzeichner und ihre Wahlberechtigung oder bei elektronischer Einreichung die Unterstützungserklärungen der Einreichenden und ihre Wahlberechtigung,“
 - bb) In Nummer 4 wird das Wort „Unterzeichnung“ durch das Wort „Unterstützung“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „schriftlichen“ gestrichen.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden das Wort „unterzeichnet“ durch das Wort „unterstützt“ und das Wort „auf“ durch das Wort „in“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „Unterschriften“ jeweils durch das Wort „Unterstützungserklärungen“ ersetzt.
- d) In Absatz 5 Nummer 3 wird das Wort „unterzeichnet“ durch die Wörter „unterstützt worden“ ersetzt.
- e) In Absatz 6 werden die Wörter „gegen Unterschrift zu eröffnen oder sonst zuzustellen“ durch die Wörter „schriftlich oder elektronisch mitzuteilen“ ersetzt.

8. § 14 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Wahlvorstand gibt den gültigen Wahlvorschlägen in der Reihenfolge ihres Eingangs Ordnungsnummern.“

9. In § 15 Absatz 1 Satz 4 wird das Wort „Unterzeichner“ durch das Wort „Unterstützer“ ersetzt.

10. In § 25 Satz 2 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.
11. In § 28 Satz 2 Nummer 5 wird das Wort „Unterschrift“ durch das Wort „Unterstützung“ ersetzt.
12. In § 35 Satz 3 wird das Wort „unterzeichnen“ durch das Wort „unterstützen“ ersetzt.
13. § 37 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Der Wahlvorstand gibt den gültigen Wahlvorschlägen für die Wahl der ständigen Mitglieder und für die Wahlen der nichtständigen Mitglieder jeweils in der Reihenfolge ihres Eingangs Ordnungsnummern.“
14. Nach § 48 wird folgender § 48a eingefügt:

„§ 48a

Kommunikation mittels dienstlicher
E-Mail-Adresse

Soweit eine elektronische Kommunikation zugelassen ist, hat diese über die dienstliche E-Mail-Adresse zu erfolgen. Eine mittels E-Mail abgegebene Erklärung muss mit dem Namen des Absenders schließen.“

Artikel 15

Änderung der Hauptschulabschlussprüfungsordnung

In § 18 Absatz 1 Satz 2 der Hauptschulabschlussprüfungsordnung vom 4. Juni 2019 (GBl. S. 241), die zuletzt durch Artikel 25 der Verordnung vom 4. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 7, S. 80) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 16

Änderung der Konferenzordnung
des Kultusministeriums

In § 12 Absatz 5 Satz 1 und Absatz 7 Satz 2 sowie § 15 Absatz 3 und Absatz 5 Satz 2 der Konferenzordnung des Kultusministeriums vom 5. Juni 1984 (GBl. S. 423), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 4. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 7, S. 28) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 17

Änderung der Realschulabschlussprüfungsordnung

In § 18 Absatz 1 Satz 2 der Realschulabschlussprüfungsordnung vom 4. Juni 2019 (GBl. S. 241, 252), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 28. Juli 2023 (GBl. S. 305, 306) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 18

Änderung der Landesschulbeiratsverordnung

In § 9 Absatz 1 Satz 2 der Landesschulbeiratsverordnung vom 24. Februar 1999 (GBl. S. 121), die zuletzt durch Artikel 9 der Verordnung vom 4. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 7, S. 32) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 19

Änderung der Schulkonferenzordnung

Die Schulkonferenzordnung vom 8. Juni 1976 (GBl. S. 523, 524), die zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 4. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 7, S. 33) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 7 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
 - b) In Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 20

Änderung der SMV-Verordnung

Die SMV-Verordnung vom 8. Juni 1976 (GBl. S. 523, 524), die zuletzt durch Artikel 8 der Verordnung vom 4. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 7, S. 31) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 3 Satz 2, § 24 Absatz 4 Satz 2 und § 29 Absatz 3 wird das Wort „schriftlich“ jeweils durch die Wörter „in Textform“ ersetzt.
2. In § 11 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „schriftlicher Form“ durch das Wort „Textform“ ersetzt.

Artikel 21

Änderung der Unterrichtsvergütungsverordnung

In § 2 Absatz 1 der Unterrichtsvergütungsverordnung vom 12. Dezember 2010 (GBl. 2011 S. 13), die zuletzt durch Verordnung vom 10. März 2021 (GBl. S. 332) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 22

Änderung der Werkrealschulabschlussprüfungsordnung

In § 18 Absatz 1 Satz 2 der Werkrealschulabschlussprüfungsordnung vom 4. Juni 2019 (GBl. S. 241, 247), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 28. Juli 2023 (GBl. S. 305, 307) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 23

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
Altenpflegehilfe

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Altenpflegehilfe vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 381, 435) wird wie folgt geändert:

1. In § 12 Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
2. In § 15 Absatz 5 Satz 1 und § 26 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. § 30 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Der schriftlich geprüfte Lernbereich wird nur dann in die mündliche Prüfung einbezogen, wenn der Prüfling dies spätestens vier Schultage vor der mündlichen Prüfung schriftlich oder elektronisch verlangt.“

Artikel 24

Änderung der Ausbildungs- und
Prüfungsverordnung generalistische Pflegehilfe

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung generalistische Pflegehilfe vom 4. Juni 2024 (GBl. 2024, Nr. 49) wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Satz 2 Nummer 3 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
2. In § 26 Absatz 4 Satz 1, § 35 Absatz 1 Satz 1 und § 39 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 25

Änderung der Elternbeiratsverordnung

In § 16 Absatz 2 Satz 2 der Elternbeiratsverordnung vom 16. Juli 1985 (GBl. S. 236), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 4. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 7, S. 30) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 26

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für Lebensmittelkontrolleurinnen und
Lebensmittelkontrolleure

§ 22 Absatz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure vom 30. November 2012 (GBl. S. 686), die zuletzt durch Artikel 102 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
2. Satz 3 wird wie folgt gefasst:
„Ist die oder der Auszubildende ohne vorherige Erklärung nicht zur Abschlussprüfung erschienen, so gilt die Abschlussprüfung als nicht bestanden, falls nicht aus wichtigem Grund oder aus Gründen, die die oder der Auszubildende nicht zu vertreten hat, eine rechtzeitige Abgabe der Erklärung nicht möglich war.“

Artikel 27

Änderung der Verordnung des Ministeriums
Ländlicher Raum zur Durchführung des Jagd- und
Wildtiermanagementgesetzes

In § 12 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes vom 2. April 2015 (GBl. S. 202), die zuletzt durch Verordnung vom 25. Oktober 2023 (GBl. S. 411) geändert worden ist, wird das Wort „schriftliche“ gestrichen.

Artikel 28

Änderung der Verordnung des Ministeriums
Ländlicher Raum zur Durchführung des Gesetzes über
Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für
anerkannte Tierschutzorganisationen

In § 3 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Gesetzes über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen vom 8. Juli 2016 (GBl. S. 441), die zuletzt durch Artikel 120 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 15) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlicher“ jeweils die Wörter „oder elektronischer“ eingefügt.

Artikel 29

Änderung der Futtermittelsachkunde-Verordnung

Die Futtermittelsachkunde-Verordnung vom 30. Januar 2006 (GBl. S. 77), die zuletzt durch Artikel 82 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 11) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 6 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 30

Änderung der Gartenbaufachwerkerverordnung

In § 3 Satz 1 der Gartenbaufachwerkerverordnung vom 1. Februar 2022 (GBl. S. 89) werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 31

Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

In § 16 Absatz 2 Satz 3 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes vom 25. November 2014 (GBl. S. 550), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 18. November 2025 (GBl. 2025 Nr. 124) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ ein Komma und das Wort „elektronisch“ eingefügt.

Artikel 32

Änderung der Landesfischereiverordnung

In § 6 Absatz 2 Satz 1 der Landesfischereiverordnung vom 3. April 1998 (GBl. S. 252), die zuletzt durch Verordnung vom 24. Oktober 2023 (GBl. S. 411) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 33

Änderung des Gesetzes über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft

In § 9 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 des Gesetzes über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft vom 30. Juli 1959 (GBl. S. 89), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 29. Juli 2014 (GBl. S. 378, 380) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 34

Änderung der Verordnung zur Durchführung
des Pflanzenschutzgesetzes

In § 2 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes vom 24. April 2008 (GBl. S. 139, 141), die durch Artikel 117 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 15) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 35

Änderung der Prüfungsordnung für
den tierärztlichen Staatsdienst

Die Prüfungsordnung für den tierärztlichen Staatsdienst vom 23. März 2015 (GBl. S. 184), die durch Artikel 99 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort „unterschiedener“ gestrichen.
2. In § 16 Absatz 8 Satz 1 und § 18 Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ jeweils die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 36

Änderung der Qualifizierungs- und Prüfungsordnung
für Veterinärhygienekontrolleurinnen oder
Veterinärhygienekontrolleure

Die Qualifizierungs- und Prüfungsordnung für Veterinärhygienekontrolleurinnen oder Veterinärhygienekontrolleure vom 12. Oktober 2017 (GBl. S. 539), die durch Artikel 97 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 16 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 19 Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
 - b) In Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. In § 23 Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 37

Änderung der Verordnung des Ministeriums
Ländlicher Raum über die Durchführung
von Abschlussprüfungen in den Ausbildungsberufen
der Landwirtschaft

In § 3 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über die Durchführung von Abschlussprüfungen in den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft vom 17. November 2008 (GBl. S. 414), die zuletzt durch Artikel 110 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 14) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 38

Änderung der Verordnung des Ministeriums
Ländlicher Raum über die Durchführung
von Fortbildungsprüfungen in den
Berufen der Landwirtschaft

In § 3 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über die Durchführung von Fortbildungsprüfungen in den Berufen der Landwirtschaft vom 3. Juni 2010 (GBl. S. 504), die zuletzt durch Artikel 111 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 14) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 39

Änderung des Gesetzes zur Stärkung der
Quartiersentwicklung durch Privatinitiative

In § 7 Absatz 1 des Gesetzes zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative vom 9. Dezember 2014 (GBl. S. 687) werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 40

Änderung der Gutachterausschussverordnung

In § 13 Absatz 1 Satz 1 der Gutachterausschussverordnung vom 11. Dezember 1989 (GBl. S. 541), die zuletzt durch Artikel 146 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 18) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 41

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Das Landesplanungsgesetz in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Juli 2025 (GBl. 2025 Nr. 71, S. 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 wird nach dem Wort „durchzuführen“ ein Punkt eingefügt.
 - b) In Absatz 2 Satz 7 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ ersetzt.
 - c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Absatz 3 Sätze 2 bis 6 gilt entsprechend.“
 - bb) Der neue Satz 4 wird aufgehoben.
2. In § 13a Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „abweichend von § 13“ gestrichen.
3. In § 18 Absatz 6 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 42

Änderung der Zulassungsverordnung der Akademie für Darstellende Kunst

Die Zulassungsverordnung der Akademie für Darstellende Kunst vom 28. August 2017 (GBl. S. 500) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
2. In § 11 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
3. In § 12 Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 43

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Archivdienst

In § 23 Absatz 5 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Archivdienst vom 21. November 2014 (GBl. S. 698), die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 39) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 44

Änderung der Filmakademie-Prüfungsverordnung
Diplomaufbaustudiengänge

Die Filmakademie-Prüfungsverordnung Diplomaufbaustudiengänge vom 2. September 2019 (GBl. S. 360), die durch Verordnung vom 1. Juni 2023 (GBl. S. 239) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 6 Satz 3 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.
2. In § 16 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „und schriftlich“ gestrichen.

Artikel 45

Änderung der Prüfungsverordnung B.A. Regie

Die Prüfungsverordnung B.A. Regie vom 23. März 2020 (GBl. S. 165) wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - bb) In Satz 4 wird das Wort „unterzeichnet“ durch die Wörter „schriftlich oder elektronisch bestätigt“ ersetzt.
2. In § 12 Absatz 4 Sätze 2 und 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. In § 16 Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
4. In § 20 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 46

Änderung der Bachelor Schauspiel-Prüfungsverordnung

Die Bachelor Schauspiel-Prüfungsverordnung vom 20. Januar 2020 (GBl. S. 16) wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - bb) In Satz 4 wird das Wort „unterzeichnet“ durch die Wörter „schriftlich oder elektronisch bestätigt“ ersetzt.

2. In § 12 Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. In § 16 Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
4. In § 20 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 47

Änderung der Master Dramaturgie-Prüfungsverordnung

Die Master Dramaturgie-Prüfungsverordnung vom 20. Januar 2020 (GBl. S. 10) wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - bb) In Satz 4 wird das Wort „unterzeichnet“ durch die Wörter „schriftlich oder elektronisch bestätigt“ ersetzt.
2. In § 12 Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. In § 16 Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
4. In § 20 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 48

Änderung der Filmakademie-Prüfungsverordnung

Die Filmakademie-Prüfungsverordnung vom 12. August 2015 (GBl. S. 774), die durch Verordnung vom 1. Juni 2023 (GBl. S. 234) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 6 Satz 3 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.
2. In § 11 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „und schriftlich“ gestrichen.

Artikel 49

Änderung der Landesarchivbenutzungsordnung

In § 2 Absatz 3 Satz 1 und § 3 Satz 1 der Landesarchivbenutzungsordnung vom 10. April 2006 (GBl. S. 110), werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 50

Änderung der Leistungsprämienverordnung
des Wissenschaftsministeriums

In § 2 Absatz 2 Satz 1 der Leistungsprämienverordnung des Wissenschaftsministeriums vom 2. Dezember 2019 (GBl. S. 523), die durch Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Oktober 2020 (GBl. S. 914, 925) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 51

Änderung der Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Eignungsprüfung für die
Popakademie Baden-Württemberg

Die Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Eignungsprüfung für die Popakademie Baden-Württemberg vom 23. März 2016 (GBl. S. 257) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Buchstaben b und c, Nummer 2 Buchstaben b und c und Nummer 3 Buchstabe f werden nach dem Wort „schriftliche“ jeweils die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

bb) In Nummer 3 Buchstabe e werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

b) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlicher“ die Wörter „oder elektronischer“ eingefügt.

c) In Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

2. In § 9 Absatz 7 Satz 1 und § 13 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlichen“ jeweils die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

3. In § 12 Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 52

Änderung der Master MCI-Prüfungsverordnung

Die Master MCI-Prüfungsverordnung vom 26. Februar 2019 (GBl. S. 77) wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 und § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

2. In § 23 Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

3. § 26 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
- b) In Absatz 6 Satz 3 und Absatz 8 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

4. In § 28 Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 53

Änderung der Master PM-Prüfungsverordnung

Die Master PM-Prüfungsverordnung vom 26. Februar 2019 (GBl. S. 67) wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Absatz 1 Satz 7 und § 28 Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ jeweils die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
2. In § 15 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 und § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. In § 23 Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
4. § 26 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
 - b) In Absatz 6 Satz 3 und Absatz 8 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 54

Änderung der Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Prüfung in den Bachelor-Studiengängen „Musikbusiness“, „Popmusikdesign“ und „Weltmusik“ an der Popakademie Baden-Württemberg

Die Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Prüfung in den Bachelor-Studiengängen „Musikbusiness“, „Popmusikdesign“ und „Weltmusik“ an der Popakademie Baden-Württemberg vom 22. Dezember 2016 (GBl. 2017 S. 17), die durch Artikel 36 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 42) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
- b) In Absatz 6 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

2. In § 9 Absatz 1 Satz 8 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
3. In § 14 Absatz 2 und § 22 Absatz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ jeweils die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 55

Änderung der Weiterbildungsverordnung – Pflegedienstleitung für Altenhilfe und ambulante Dienste

In § 7 Absatz 2 und § 18 Absatz 1 Satz 1 der Weiterbildungsverordnung – Pflegedienstleitung für Altenhilfe und ambulante Dienste vom 2. August 2004 (GBl. S. 672), die zuletzt durch Artikel 42 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 43) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 56

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung

In § 12 Absatz 4 Satz 2 und § 17 Absatz 2 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 381, 420, ber. S. 536) werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 57

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe vom 19. November 2015 (GBl. S. 1072) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 2 sowie § 10 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 5 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 12 Absatz 2 Satz 1 und § 13 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlichen“ jeweils die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
3. In § 17 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 58

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung
Heilerziehungsassistenten

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 381, 404, ber. S. 536) wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Absatz 4 Satz 2 und § 18 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 26 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 59

Änderung der Heilerziehungspflegeverordnung

Die Heilerziehungspflegeverordnung vom 9. Dezember 2019 (GBl. S. 529) wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Absatz 5 Satz 3 und § 29 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
 - b) In Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 60

Änderung der Heilpädagoginnenverordnung

In § 9 Absatz 3 Satz 1 der Heilpädagoginnenverordnung vom 13. Juli 2004 (GBl. S. 636), die zuletzt durch Artikel 15 der Verordnung vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 381, 420, ber. S. 536) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 61

Änderung der Jugend- und Heimerziehungsverordnung

In § 13 Absatz 4 Satz 1 der Jugend- und Heimerziehungsverordnung vom 13. Juli 2004 (GBl. S. 596), die zuletzt durch Artikel 14 der Verordnung vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 381, 420, ber. S. 536) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 62

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für den gehobenen Verwaltungsdienst in der
gesetzlichen Rentenversicherung

In § 21 Absatz 4 Satz 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst in der gesetzlichen Rentenversicherung vom 21. August 2015 (GBl. S. 793), die durch Verordnung vom 13. Juni 2023 (GBl. S. 250) geändert worden ist, werden die Wörter „grundsätzlich schriftlich“ gestrichen.

Artikel 63

Änderung der Berufsgerichtsordnung Ärzte

In § 16 Absatz 1 der Berufsgerichtsordnung Ärzte vom 27. Juli 1955 (GBl. S. 177), die zuletzt durch Artikel 55 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 8) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftliches“ die Wörter „oder elektronisches“ eingefügt.

Artikel 64

Änderung des Chancengleichheitsgesetzes

In § 21 Absatz 1 Sätze 1 und 4, § 29 Satz 3 sowie § 30 Absatz 5 Satz 2 des Chancengleichheitsgesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. S. 108), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. Juni 2020 (GBl. S. 401, 402) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 65

Änderung des Gesetzes zur Errichtung
der Zentren für Psychiatrie

In § 6 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie vom 3. Juli 1995 (GBl. S. 510), das zuletzt durch Artikel 47 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 104, ber. S. 273) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 66

Änderung der Verordnung der Landesregierung über
die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit

In § 8 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit vom 12. Februar 1996 (GBl. S. 133), die durch Verordnung vom 8. November 2005 (GBl. S. 685, 686) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 67

Änderung der Weiterbildungsverordnung –
Gerontopsychiatrie

In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 2 Satz 2 und § 17 Absatz 1 Satz 1 der Weiterbildungsverordnung – Gerontopsychiatrie vom 22. Juli 2004 (GBl. S. 663), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Juni 2023 (GBl. S. 171, 186) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 68

Änderung der Verordnung des Sozialministeriums
über den Erwerb der Fachhochschulreife an
den staatlich anerkannten Schulen für die
Gesundheitsfach- und Krankenpflegeberufe

Die Verordnung des Sozialministeriums über den Erwerb der Fachhochschulreife an den staatlich anerkannten Schulen für die Gesundheitsfach- und Krankenpflegeberufe vom 17. Juni 2013 (GBl. S. 214) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 7 Absatz 5 Satz 4 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.

Artikel 69

Änderung der Weiterbildungsverordnung – Hygiene

Die Weiterbildungsverordnung – Hygiene vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 381, 394, ber. S. 536), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 2021 (GBl. S. 1035, 1039) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 7 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Nummern 1 und 2 werden aufgehoben.
 - b) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 1 und 2.
2. In § 9 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
3. In § 12 Absatz 8 Satz 3 und § 13 Absatz 4 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 70

Änderung der Verordnung des Sozialministeriums über Weiterbildungen für Pflegeberufe in Baden-Württemberg

Die Verordnung des Sozialministeriums über Weiterbildungen für Pflegeberufe in Baden-Württemberg vom 22. Oktober 2020 (GBl. S. 1004) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 4 Satz 3, § 8 Satz 3, § 11 Absatz 1 Sätze 1, 3 und 4, § 17 Absatz 6 Satz 2 sowie § 21 Absatz 1 Satz 3 der werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 12 Absatz 5 Satz 5 wird das Wort „grundsätzlich“ gestrichen und nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 71

Änderung der Jugendhilfe-Schiedsstellenverordnung

Die Jugendhilfe-Schiedsstellenverordnung vom 18. Januar 1999 (GBl. S. 53) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Bestellung bedarf des schriftlichen oder elektronischen Einverständnisses der zu bestellenden Person.“
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Abberufung ist schriftlich oder elektronisch zu erklären.“
 - bb) In Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
 - c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Eine Abberufung und eine Amtsniederlegung werden mit dem Zugang der Erklärung bei der Geschäftsstelle wirksam; Absatz 2 Satz 2 bleibt unberührt.“
3. In § 8 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
4. § 11 Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Entscheidung ist schriftlich oder elektronisch zu erlassen und zu begründen.“

Artikel 72

Änderung der Verordnung des Sozialministeriums
über die Hygiene und Infektionsprävention in
medizinischen Einrichtungen

Die Verordnung des Sozialministeriums über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen vom 20. Juli 2012 (GBl. S. 510) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 6 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 12 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Jede in der Einrichtung tätige Person hat die Kenntnisnahme der Information schriftlich oder elektronisch zu bestätigen.“

Artikel 73

Änderung der Weiterbildungsverordnung – Nephrologie

Die Weiterbildungsverordnung – Nephrologie vom 19. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 85), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 4. Februar 2021 (GBl. S. 77, 81) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 74

Änderung der Weiterbildungsverordnung – Onkologie

Die Weiterbildungsverordnung – Onkologie vom 19. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 92), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 4. Februar 2021 (GBl. S. 77, 81) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 75

Änderung der Weiterbildungsverordnung –
Operationsdienst und Endoskopiedienst

Die Weiterbildungsverordnung – Operationsdienst und Endoskopiedienst vom 19. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 78), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 4. Februar 2021 (GBl. S. 77, 81) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 76

Änderung der Weiterbildungsverordnung –
Stationsleitung

Die Weiterbildungsverordnung – Stationsleitung vom 19. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 58), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Juni 2023 (GBl. S. 171, 186) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 17 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 77

Änderung der Prüfungsordnung-Ausbildereignung

In § 7 Absatz 3 Satz 2 der Prüfungsordnung-Ausbildereignung vom 3. März 2017 (GBl. S. 168) werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 78

Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes

Das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz vom 25. November 2014 (GBl. S. 534), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (GBl. S. 673, 674) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Absatz 3 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
2. In § 7 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

Artikel 79

Änderung der Weiterbildungsverordnung – Psychiatrie

Die Weiterbildungsverordnung – Psychiatrie vom 19. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 99), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 13. Juni 2023 (GBl. S. 171, 187) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 80

Änderung der Weiterbildungsverordnung – Rehabilitation

Die Weiterbildungsverordnung – Rehabilitation vom 19. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 64), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Juni 2023 (GBl. S. 171, 187) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

Artikel 81

Änderung der Landesschiedsstellenverordnung Reha

Die Landesschiedsstellenverordnung Reha vom 17. April 2012 (GBl. S. 213) wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
2. In § 8 Absatz 1 Sätze 1 und 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 82

Änderung der Schiedsstellenverordnung SGB V

Die Schiedsstellenverordnung SGB V vom 20. Juli 2004 (GBl. S. 587), die zuletzt durch Artikel 194 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 87) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 4 und Absatz 5 Sätze 1 und 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Sätze 3 und 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
 - bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
3. In § 7 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 83

Änderung der Schuluntersuchungsverordnung

§ 2 Absatz 4 der Schuluntersuchungsverordnung vom 8. Dezember 2011 (GBl. S. 559), die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2021 (GBl. S. 1035, 1040) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(4) Im Vorfeld oder im Verlauf der Einschulungsuntersuchung genügt die Erklärung einer einzelnen sorgeberechtigten Person in den jeweiligen Formularen.“

Artikel 84

Änderung der Schiedsstellenverordnung – SGB XI

Die Schiedsstellenverordnung – SGB XI vom 13. März 1995 (GBl. S. 283), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 28. Februar 2011 (GBl. S. 106, 111) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Bestellung bedarf des schriftlichen oder elektronischen Einverständnisses.“
 - b) In Absatz 3 Sätze 1 und 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Abberufung erfolgt schriftlich oder elektronisch.“
 - bb) In Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.

- c) In Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
- 3. In § 8 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
- 4. In § 11 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 85

Änderung der Verordnung der Landesregierung über den Landespflegeausschuß nach § 92 SGB XI

Die Verordnung der Landesregierung über den Landespflegeausschuß nach § 92 SGB XI vom 9. Oktober 1995 (GBl. S. 749), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Februar 2021 (GBl. S. 77, 80) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Bestellung bedarf des schriftlichen oder elektronischen Einverständnisses der jeweiligen Person.“
 - b) In Absatz 3 Sätze 1 und 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
- 2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Abberufung erfolgt schriftlich oder elektronisch.“
 - b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
 - c) In Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
- 3. In § 10 Absatz 5 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 86

Änderung des Landesmediengesetzes

§ 8 Absatz 2 des Landesmediengesetzes vom 19. Juli 1999 (GBl. S. 273, ber. S. 387), das zuletzt durch (...) des Gesetzes vom (...) (GBl. S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(2) Wer glaubhaft macht, in seinen Rechten betroffen zu sein, kann vom Veranstalter Einsicht in die Aufzeichnungen nach Absatz 1 verlangen und hiervon auf eigene Kosten vom Veranstalter Mehrfertigungen herstellen lassen. Die Darstellung der Betroffenheit in eigenen Rechten nach Satz 1 bedarf der Textform.“

Artikel 87

Änderung der Allgemeinen Bergpolizeiverordnung
des Umweltministeriums

Die Allgemeine Bergpolizeiverordnung des Umweltministeriums vom 14. Juli 1978 (GBl. S. 417), die zuletzt durch Artikel 44 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 43) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Nummer 7 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 6 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Der Unternehmer muss den Aufsichtspersonen, den weisungsbefugten Personen, den mit Ausbildungsbefugnissen betrauten Personen, den Fachkräften für Arbeitssicherheit und den Betriebsratsmitgliedern vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftliche oder elektronische Ausfertigungen dieser Verordnung gegen schriftliche oder elektronische Empfangsbestätigung mit Datumsangabe zur Verfügung stellen.“
3. § 7 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Die nach dieser Verordnung erlassenen Betriebsanweisungen sind dem Regierungspräsidium Freiburg vorzulegen und den betroffenen Beschäftigten, den zuständigen Aufsichtspersonen und weisungsbefugten Personen, den zuständigen Fachkräften für Arbeitssicherheit sowie dem Betriebsrat gegen schriftliche oder elektronische Empfangsbestätigung mit Datumsangabe zur Verfügung zu stellen.“
4. § 8 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass die Sachverständigen über alle erforderlichen Unterlagen und Nachweise verfügen und zu den Ergebnissen der Untersuchungen Berichte anfertigen; er hat die Berichte dem Regierungspräsidium Freiburg unverzüglich schriftlich oder elektronisch vorzulegen. Über die Ergebnisse der Prüfungen sind schriftliche oder elektronische Nachweise zu führen, die mit Datum und Namenszeichen der prüfenden Person zu versehen sind. Die Nachweise sind nach der letzten Eintragung mindestens drei Jahre schriftlich oder elektronisch vorzuhalten.“
5. § 9 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
„(2) Der Unternehmer muss das Betriebsbuch einschließlich seiner Nachträge
 1. den zuständigen Aufsichtspersonen,
 2. den zuständigen Fachkräften für Arbeitssicherheit und
 3. dem Betriebsratgegen schriftliche oder elektronische Empfangsbestätigung mit Datumsangabe unverzüglich zur Kenntnis geben, soweit deren Geschäftsbereiche betroffen werden; die Bestätigungen sind zum Betriebsbuch zu nehmen.“

6. In § 63 Absatz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
7. In § 66 Absatz 5 und § 67 Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftliche“ jeweils die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
8. § 69 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
„(4) Auf Verlangen des Regierungspräsidiums Freiburg hat der Unternehmer den Flammpunkt und die Wasserlöslichkeit der Flüssigkeit durch die Vorlage einer Versicherung des Herstellers oder Lieferers oder einer Bestätigung eines Sachverständigen, jeweils schriftlich oder elektronisch, nachzuweisen.“
9. In § 77 Absatz 1 und § 178 Absatz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 88

Änderung der Verordnung des Umweltministeriums über Sachverständige und Untersuchungsstellen für Bodenschutz und Altlasten

Die Verordnung des Umweltministeriums über Sachverständige und Untersuchungsstellen für Bodenschutz und Altlasten vom 13. April 2011 (GBl. S. 169, ber. S. 225), die durch Artikel 143 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 82) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 1 Satz 1 und § 12 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ jeweils die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
2. In § 9 Absatz 1 und § 14 Absatz 1 werden nach dem Wort „schriftlichem“ jeweils die Wörter „oder elektronischem“ eingefügt.
3. In § 10 Absatz 1 Nummer 6 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 89

Änderung der Bergpolizeiverordnung des Umweltministeriums für Schacht- und Schrägförderanlagen

Die Bergpolizeiverordnung des Umweltministeriums für Schacht- und Schrägförderanlagen vom 7. Oktober 1977 (GBl. S. 441), die zuletzt durch Artikel 124 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 80) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 5 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 4 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
„(2) Die Erlaubnis ist schriftlich oder elektronisch zu beantragen. Dem Antrag sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.“

3. § 10 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die mit Prüfungen beauftragten fachkundigen Aufsichtspersonen haben Zeitpunkt und Ergebnis der vorgeschriebenen Prüfungen schriftlich oder elektronisch zu bestätigen. Die Bestätigung ist zum Betriebsbuch zu nehmen.“

4. § 11 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass die Untersuchungen fristgerecht durchgeführt werden und die Sachverständigen unbeschadet eines nach den §§ 12, 14, 17, 29 und 31 zu erstellenden Untersuchungsberichts oder Gutachtens Zeitpunkt und Ergebnis ihrer Untersuchungen schriftlich oder elektronisch bestätigen. Die Bestätigung ist zum Betriebsbuch zu nehmen. Die Untersuchungsergebnisse sind dem Regierungspräsidium Freiburg mitzuteilen.“

5. § 32 Absatz 2 Nummer 8 wird wie folgt gefasst:

„8. Zeitpunkt und Ergebnis aller Prüfungen und Untersuchungen einschließlich zeichnerischer Darstellungen sowie schriftliche oder elektronische Bestätigungen der Prüfenden und Untersuchenden;“

6. In § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 werden nach dem Wort „schriftlicher“ die Wörter „oder elektronischer“ eingefügt.

7. § 64 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Soweit in dieser Verordnung die Aushändigung von Dienstanweisungen oder Betriebsanweisungen gefordert wird, muss ihr Empfang schriftlich oder elektronisch mit Datumsangabe bestätigt werden.“

Artikel 90

Änderung der Elektro-Bergverordnung

Die Elektro-Bergverordnung vom 9. Dezember 2002 (GBl. 2003 S. 50), die zuletzt durch Artikel 122 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 80) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Nummer 25 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
2. In § 7 Absatz 1 Satz 1 und § 36 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 91

Änderung der Feldes- und Förderabgabeverordnung

In § 8 Absatz 3 der Feldes- und Förderabgabeverordnung vom 11. Dezember 2006 (GBl. S. 395), die zuletzt durch Verordnung vom 19. November 2020 (GBl. S. 1059) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 92

Änderung der Seismik-Bergverordnung

Die Seismik-Bergverordnung vom 9. Februar 1987 (GBl. S. 75), die durch Artikel 85 des Gesetzes vom 1. Juli 2004 (GBl. S. 469, 518) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
2. In § 7 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 93

Änderung der Sanierungsfahrplan-Verordnung

Die Sanierungsfahrplan-Verordnung vom 28. Juli 2015 (GBl. S. 749), die zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 43) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 7 werden die Wörter „mit ihrer Unterschrift“ durch die Wörter „schriftlich oder elektronisch“ ersetzt.
2. In § 6 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 5 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 94

Änderung der Tiefbohr- und Gasspeicher-Bergpolizeiverordnung

Die Tiefbohr- und Gasspeicher-Bergpolizeiverordnung vom 27. Oktober 1981 (GBl. S. 534, ber. 1982 S. 38), die zuletzt durch Artikel 125 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 80) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
2. In § 82 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 95

Änderung der Verordnung des Umweltministeriums über sachverständige Stellen in der Wasserwirtschaft

Die Verordnung des Umweltministeriums über sachverständige Stellen in der Wasserwirtschaft vom 2. Mai 2001 (GBl. S. 399), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 389, 445) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

2. In § 4 Nummer 5 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 96

Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg

Das Wassergesetz für Baden-Württemberg vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 389), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. November 2025 (GBl. 2025 Nr. 124) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Satz 3, § 38 Absatz 1 Satz 1 und § 120 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
2. § 86 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „kann“ die Wörter „schriftliche Antragsunterlagen verlangen soweit keine elektronische Verfahrensführung vorgeschrieben ist und“ eingefügt.
 - b) In Absatz 2 werden das Wort „müssen“ durch das Wort „sollen“ ersetzt und die Wörter „und unterzeichnet“ gestrichen.
3. § 87 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift wird das Wort „Schriftform“ durch das Wort „Entscheidung“ ersetzt.
 - b) Nach dem Wort „schriftlich“ werden die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
4. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 97

Änderung der Verordnung des Umweltministeriums über die Erfassung der Wasserentnahmen

In § 3 Absatz 1 sowie § 4 Nummern 1 und 2 der Verordnung des Umweltministeriums über die Erfassung der Wasserentnahmen vom 17. Dezember 1987 (GBl. S. 754), die zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 389, 445) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 98

Änderung des Landesseilbahngesetzes

In § 14 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 des Landesseilbahngesetzes in der Fassung vom 20. November 2003 (GBl. 2004 S. 11), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 39) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ jeweils die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 99

Änderung der Verordnung des Verkehrsministeriums
über die Straßenverzeichnisse für
Gemeindeverbindungsstraßen

In § 2 der Verordnung des Verkehrsministeriums über die Straßenverzeichnisse für Gemeindeverbindungsstraßen vom 19. Oktober 1965 (GBl. S. 293), die zuletzt durch Artikel 217 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 123, ber. S. 273) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Artikel 100

Änderung des Landesglücksspielgesetzes

Das Landesglücksspielgesetz vom 20. November 2012 (GBl. S. 604), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 15) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6

Zulassung von Schulungsträgern

(1) Personen, die Schulungen im Sinne des § 6 Absatz 2 Satz 3 Nummer 3 GlüStV 2021 durchführen wollen, bedürfen einer Zulassung.

(2) Eine Zulassung kann nur erhalten, wer

1. nachweist, nicht mit einem Glücksspielanbieter verbunden zu sein, und
2. eine fachliche Qualifikation nachweist, die der Qualifikation von geförderten Fachkräften nach der VwV Zuwendungen Suchtberatungsstellen vergleichbar ist.

Einrichtungen in der Suchthilfe, die durch das Land nach der VwV Zuwendungen Suchtberatungsstellen gefördert werden, werden ohne weitere Prüfung als Schulungsträger anerkannt.

(3) Das Sozialministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere zu den Zulassungsvoraussetzungen und dem Zulassungsverfahren zu regeln.“

2. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „eine anerkannte, in der Suchthilfe in Baden-Württemberg tätige Einrichtung zu schulen, die“ durch die Wörter „einen nach § 6 zugelassenen Schulungsträger zu schulen, der“ ersetzt.
- bb) In Satz 6 wird die Angabe „3“ durch das Wort „drei“ ersetzt.
- cc) In Satz 8 wird das Wort „Glücksspielaufsichtsbehörde“ durch das Wort „Behörde“ ersetzt.

- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Die die Erlaubnis nach § 2 Absatz 1 Satz 3 innehabende Person hat alle zwei Jahre über die getroffenen Maßnahmen zur Umsetzung des Sozialkonzepts einschließlich der Zahl der Sperrmaßnahmen zu berichten. Der Bericht ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Berichtszeitraums der zuständigen Behörde vorzulegen. Der Berichtszeitraum umfasst den Betrieb in den zwei vorherigen Kalenderjahren.“
3. § 7a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Die Kosten der Fachstelle werden nach Maßgabe des jeweiligen Staatshaushaltsplans vom Land finanziert.“
- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:
- „(4) Die Kostenerstattung erfolgt nach Rechnungslegung an die Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg e. V.“
- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
4. In § 41 Absatz 3 wird die Angabe „Absatz 1“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
5. § 48 Absatz 1 Nummer 17 wird wie folgt gefasst:
- „17. entgegen § 20c Absatz 1, § 29 Absatz 1 Satz 2 oder § 43 Absatz 1 Satz 1 gesperrten Spielern Zutritt gewährt oder eine Einlasskontrolle nach § 43 Absatz 1 nicht sicherstellt,“
6. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 101

Änderung der Gebührenverordnung Innenministerium

Nummer 14.1.2.2 der Anlage (Gebührenverzeichnis) der Gebührenverordnung Innenministerium vom 12. Juli 2011 (GBl. S. 404), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Februar 2025 (GBl. 2025 Nr. 15, S. 44) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

Nummer	Gegenstand	Gebühr Euro
„14.1.2.2	Zustimmung zur Durchführung des Gewinnsparens von einem Dritten (Gewinnspareverein) nach § 30 Absatz 2 Satz 3 GlüStV 2021 in Verbindung mit der Allgemeinen Erlaubnis für öffentliche Lotterien und Ausspielungen in Form des Gewinnsparens vom 17. Juni 2025 (GABl. 2025 Nr. 7, S. 630)	25–50 000“

Artikel 102

Änderung der Verordnung der Landesregierung
über die Errichtung von Einigungsstellen bei Industrie-
und Handelskammern nach dem Gesetz gegen
den unlauteren Wettbewerb

§ 1 Absatz 1 der Verordnung der Landesregierung über die Errichtung von Einigungsstellen bei Industrie- und Handelskammern nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 9. Februar 1987 (GBl. S. 64, ber. S. 158), die zuletzt durch Verordnung vom 19. Oktober 2004 (GBl. S. 774) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(1) Einigungsstellen werden errichtet

bei der Industrie- und Handelskammer	für den Bereich der Industrie- und Handelskammern
Region Stuttgart	Region Stuttgart Heilbronn-Franken Ostwürttemberg
Karlsruhe	Karlsruhe Rhein-Neckar Nordschwarzwald
Südlicher Oberrhein	Südlicher Oberrhein Hochrhein-Bodensee Schwarzwald-Baar-Heuberg
Reutlingen	Reutlingen Ulm Bodensee-Oberschwaben“

Artikel 103

Änderung des KIT-Gesetzes

In § 3 Absatz 2 Satz 5 und Absatz 5, § 6 Absatz 5 Satz 1 und Absatz 6 Satz 2 Halbsatz 2, § 7 Absatz 3 Satz 4 Halbsatz 1 und Absatz 7 Satz 3, § 13 Absatz 5 Satz 3 und Absatz 10 Satz 3, § 16 Absatz 5 Satz 5, § 17 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 4 Satz 2 Halbsatz 2 sowie § 19 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 4 des KIT-Gesetzes vom 14. Juli 2009 (GBl. S. 317, 318), das zuletzt durch (...) vom (...) (GBl. ...) geändert worden ist, werden die Wörter „für Bildung und Forschung“ jeweils durch die Wörter „für Forschung, Technologie und Raumfahrt“ ersetzt.

Artikel 104

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Zielsetzung

Im Jahr 2018 haben die Ministerien im Rahmen eines Normenscreenings Gesetze und Verordnungen sowie Verwaltungsvorschriften auf verzichtbare Formerfordernisse hin überprüft und dabei eine größere Zahl an verzichtbaren Formerfordernissen identifiziert. Durch das Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37) wurden die als nicht mehr erforderlich identifizierten Formerfordernisse in Gesetzen und Rechtsverordnungen darauf hin abgeschafft. Mit dem Ziel der weiteren Entbürokratisierung wurde nunmehr ein zweites Normenscreening durchgeführt, mit dem Schriftformregelungen im Landesrecht auf ihre Erforderlichkeit hin überprüft wurden. Die als verzichtbar identifizierten Schriftformerfordernisse in Gesetzen und Verordnungen sollen mit diesem Gesetz beseitigt werden. Der Wegfall verzichtbarer Schriftformerfordernisse dient dem Abbau bürokratischer Hürden und erleichtert die Realisierung medienbruchfreier elektronischer Verwaltungsverfahren bzw. elektronischer verwaltungsinterner Verfahrensabläufe.

Inhalt

Viele verwaltungsrechtliche Verfahrensvorschriften enthalten Schriftformerfordernisse. Je nach Funktion des jeweiligen Formerfordernisses (Warnfunktion, Beweisfunktion, Klarstellungsfunktion etc.) setzt dies eine eigenhändige Unterschrift oder lediglich eine auf einem dauerhaften Datenträger abgegebene lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, voraus. Welche Funktion das jeweilige Schriftformerfordernis erfüllen soll, ist durch Auslegung der einschlägigen Vorschrift zu ermitteln. Zwar kann die Schriftform gemäß § 3a Absätze 2 und 3 Landesverwaltungsverfahrensgesetz oder § 9a Absatz 5 Onlinezugangsgesetz auch elektronisch ersetzt werden. Diese Ersetzungsformen sind aber an bestimmte technisch-organisatorische Voraussetzungen geknüpft und daher aufwendig.

Die Beseitigung der Schriftformerfordernisse, die im Rahmen des Normenscreenings als verzichtbar identifiziert wurden, erfolgt zum Teil durch einen vollständigen Verzicht auf eine Formvorgabe. In diesen Fällen können Erklärungen auch mündlich oder fernmündlich abgegeben werden. Der Grundsatz der Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens in § 10 Landesverwaltungsverfahrensgesetz lässt dies zu. In den überwiegenden Fällen setzt das Schriftformerfordernis keine eigenhändige Unterschrift voraus, jedoch eine auf einem dauerhaften Datenträger abgegebene und dort aufbewahrte oder gespeicherte lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist. In diesen Fällen wird durch dieses Gesetz neben der schriftlichen Erklärung ausdrücklich auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. Dadurch wird für den Normanwender klargestellt, dass eine auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. elektronische Speichermedien wie [ext.] Speicher, CD, USB-Stick) abgegebene (z. B. durch einfache E-Mail) und dort aufbewahrte oder gespeicherte lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, ausreicht. Insgesamt werden durch dieses Gesetz 318 Schriftformerfordernisse in 99 Gesetzen und Verordnungen beseitigt.

Darüber hinaus werden die Verordnung der Landesregierung über eine Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz, die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure, das Landesplanungsgesetz, das Wassergesetz für Baden-Württemberg, das Landesglücksspielgesetz, die Gebührenverordnung Innenministerium, die Verordnung der Landesregierung über die Errichtung von Einigungsstellen bei Industrie- und Handelskammern nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb sowie das Gesetz über das Karlsruher Institut für Technologie geändert.

Alternativen

Keine.

Kosten für die öffentlichen Haushalte

Das Regelungsvorhaben lässt keine finanziellen Auswirkungen (Mehrausgaben, Mindereinnahmen) für das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände und andere juristische Personen des öffentlichen Rechts erwarten.

Bürokratievermeidung, Prüfung Vollzugstauglichkeit

Das vorliegende Gesetz erleichtert und beschleunigt die Durchführung von Verwaltungsverfahren. Diese werden dadurch belastungsärmer und vollzugstauglicher. Die Durchführung eines Praxis-Checks und/oder einer Bürokratielastenschätzung ist nicht erforderlich. Das Gesetz lässt keine erheblichen Auswirkungen für Unternehmen, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger oder aufwendige Verwaltungsverfahren erwarten.

Wesentliche Ergebnisse des Nachhaltigkeits-Checks

Die Durchführung eines Nachhaltigkeits-Checks ist nicht erforderlich. Durch das Regelungsvorhaben sind offensichtlich keine erheblichen fachbezogenen und fachübergreifenden Wirkungen und Nebenwirkungen sowie langfristige Wirkungen auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse zu erwarten. Vielmehr erleichtert und beschleunigt das vorliegende Gesetz die Durchführung bereits bestehender Verwaltungsverfahren.

Wesentliche Ergebnisse des Digitaltauglichkeits-Checks

Ein Digitaltauglichkeits-Check wurde durchgeführt. Die Regelungsinhalte fördern eine zügige, digitale und medienbruchfreie Abwicklung von Verwaltungsverfahren.

Sonstige Kosten für Private

Das Regelungsvorhaben lässt keine finanziellen Auswirkungen für Private erwarten.

Verfahren, Abstimmung

Folgende Stellen innerhalb der Landesverwaltung wurden beteiligt:

- Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderung
- Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationssicherheit
- Prüfstelle Digitaltauglichkeits-Check im Innenministerium
- Normenkontrollrat Baden-Württemberg
- Normenprüfungsausschuss
- Rechnungshof Baden-Württemberg

Die einzelnen Stellungnahmen wurden berücksichtigt.

Das Anhörungsverfahren wurde in der Zeit vom 16. Oktober 2025 bis 13. November 2025 durchgeführt. Es wurden die aus dem beiliegenden Verteiler ersichtlichen Stellen beteiligt. Zudem wurde der Gesetzentwurf mit der Möglichkeit zur Kommentierung auf dem Beteiligungsportal des Landes veröffentlicht.

Der wesentliche Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen und Kommentare sowie die entsprechende Bewertung sind aus der beiliegenden Tabelle ersichtlich.

B. Einzelbegründung

Zu Artikel 1

Die Verordnung des Finanzministeriums zum Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen in kommunalen Statistikstellen wird geändert. In § 3 Absatz 2 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 2

Die Leistungsprämienverordnung des Finanzministeriums wird geändert. In § 2 Absatz 2 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. In § 2 Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „schriftlichen“ gestrichen und die Wörter „ein weiterer Abdruck“ durch die Wörter „eine weitere Mehrfertigung“ ersetzt. Dadurch kann die Bewilligung zukünftig auch einfach elektronisch dem Landesamt für Besoldung und Versorgung zugeleitet und zur Personalakte genommen werden.

Zu Artikel 3

Das Landesstatistikgesetz wird geändert. In § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 4

Die Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung wird geändert. Mit der Ergänzung in § 8 Absatz 1 Satz 1 kann eine Entscheidung einfach elektronisch ergehen.

Zu Artikel 5

Das Polizeigesetz wird geändert. In § 42 Absatz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 6

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst wird geändert. In § 28 Absatz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 7

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst wird geändert. In § 23 Absatz 2 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 8

Das Feuerwehrgesetz wird geändert. In § 11 Absatz 3 Satz 4, § 12 Absatz 2 Satz 1 und § 13 Absatz 3 Satz 4 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 9

Die Ersthelferverordnung wird geändert. In § 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 10

Die Härtefallkommissionsverordnung wird geändert. In § 4 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 11

Das Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges wird geändert. In § 3 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 12

Das Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit wird geändert. In § 45 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 13

Das Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz wird geändert.

Die Änderung des § 37 Absatz 4 dient dem Abbau verzichtbarer Formerfordernisse bei der Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl der richterlichen Mitglieder des Richterwahlausschusses, der staatsanwaltlichen Mitglieder des Staatsanwaltswahlausschusses, der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Präsidialrats sowie der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptstaatsanwaltsrats. Zur Erreichung dieses Ziels wird das Unterzeichnungserfordernis gestrichen und neben der Schriftform ein einfaches elektronisches Verfahren zugelassen. Die Regelung „schriftlich oder elektronisch“ ist technikoffen. Sie schließt sowohl die derzeit bekannten und praktikablen elektronischen Verfahren als auch künftige, derzeit unbekannte elektronische Verfahren mit ein.

In § 89c Absatz 2 und § 89d Absatz 2 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 14

Die Verordnung der Landesregierung über eine Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz wird geändert.

Die Beifügung des Absatzes 6 in § 1 dient dem weiteren Abbau bürokratischer Hürden und erleichtert die Realisierung elektronischer interner Verfahrensabläufe. Der Wahlvorstand hat bei seiner Aufgabenwahrnehmung zur zügigen Durchführung der Wahl viele Verfahrensschritte in enger zeitlicher Abfolge zu beachten, was ihm durch die Nutzung von Video- oder Telefonkonferenztechnik erleichtert werden kann. Hierzu wird § 22 Absatz 2a des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes für entsprechend anwendbar erklärt. Die Möglichkeit der Teilnahme per Video- oder Telefonkonferenztechnik gilt nicht für die Prüfung der Wahlbriefe nach § 19 Absatz 3 Satz 1, das Einwerfen der Wahlbriefe in die Wahlurne nach § 19 Absatz 6 Satz 1 und die Feststellung des Wahlergebnisses nach § 20 der Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz.

Die Beifügung des Satzes 2 in § 2 Absatz 2 dient dem weiteren Abbau bürokratischer Hürden und vermeidet Medienbrüche.

Die Änderungen der § 7 Absatz 2 Nummern 8 und 9, § 9 Absatz 2 Satz 1, § 10 Absätze 1 bis 3, § 11 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3, § 12 Absatz 1 Nummern 2 und 4, Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Sätze 1 und 2, Absatz 5 Nummer 3, § 14 Satz 1, § 15 Absatz 1 Satz 4, § 28 Satz 2 Nummer 5, § 35 Satz 3 Halbsatz 1 und § 37 Absatz 1 Satz 1 dienen dem Abbau verzichtbarer Formerfordernisse. Durch die Änderungen können Wahlvorschläge der Wahlberechtigten durch einfache elektronische Erklärung eingereicht werden.

Durch die Beifügung des § 48a, wonach eine elektronische Kommunikation, soweit sie zugelassen ist, über die dienstliche E-Mail-Adresse zu erfolgen hat, wird die Authentizität des Absenders sichergestellt. Bei der Kommunikation mittels dienstlicher E-Mail handelt es sich um ein niedrigschwelliges und – durch die Eingabe des BitLocker PINS und des Windows-Kennworts – zugleich sicheres Kommunikationsmittel.

Die Änderung des § 9 Absatz 3 bezweckt, dass die Zustimmung des im Wahlvorschlag aufgeführten Bewerbers durch einfache elektronische Erklärung von der dienstlichen E-Mail-Adresse abgegeben werden kann.

Die Änderung des § 12 Absatz 6 bezweckt, dass Mitteilungen des Wahlvorstands über die Zurückweisung von Wahlvorschlägen oder die Streichung eines Bewerbers oder eines Vorschlags für die Stimmabgabe durch schriftliche oder durch einfache elektronische Erklärung von der dienstlichen E-Mail-Adresse abgegeben werden können.

In § 25 Satz 2 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen. Dadurch ist die Erklärung nicht mehr an eine bestimmte Form gebunden.

Zu Artikel 15

Die Hauptschulabschlussprüfungsordnung wird geändert. In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 16

Die Konferenzordnung des Kultusministeriums wird geändert. In § 12 Absatz 5 Satz 1 und Absatz 7 Satz 2 und § 15 Absatz 3 und Absatz 5 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 17

Die Realschulabschlussprüfungsordnung wird geändert. In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 18

Die Landesschulbeiratsverordnung wird geändert. In § 9 Absatz 1 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 19

Die Schulkonferenzordnung wird geändert. In § 6 Absatz 2 Satz 2 und § 7 Absatz 3 Sätze 1 und 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 20

Die SMV-Verordnung wird geändert. In § 5 Absatz 3 Satz 2, § 11 Absatz 2 Satz 2, § 24 Absatz 4 Satz 2 und § 29 Absatz 3 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. Vorliegend wird der Begriff „Textform“ verwendet, da in § 25 Absatz 1 Nummer 4 der SMV-Verordnung bereits der Begriff „Textform“ verwendet wird.

Zu Artikel 21

Die Unterrichtsvergütungsverordnung wird geändert. In § 2 Absatz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 22

Die Werkrealschulabschlussprüfungsordnung wird geändert. In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 23

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Altenpflegehilfe wird geändert. In § 12 Absatz 2 Satz 4, § 15 Absatz 5 Satz 1 und § 26 Absatz 2 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. Des Weiteren wird § 30 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 neu gefasst. Die Einbeziehung des schriftlich geprüften Lernbereichs in die mündliche Prüfung kann nun auch einfach elektronisch verlangt werden.

Zu Artikel 24

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung generalistische Pflegehilfe wird geändert. In § 15 Satz 2 Nummer 3, § 26 Absatz 4 Satz 1, § 35 Absatz 1 Satz 1 und § 39 Absatz 3 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 25

Die Elternbeiratsverordnung wird geändert. In § 16 Absatz 2 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 26

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure wird geändert. In § 22 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. Darüber hinaus wird § 22 Absatz 1 Satz 3 neu gefasst und dadurch sprachlich präzisiert.

Zu Artikel 27

Die Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes wird geändert. In § 12 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „schriftliche“ gestrichen. Dadurch ist die Erklärung an bestimmte Formen nicht mehr gebunden.

Zu Artikel 28

Die Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Gesetzes über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen wird geändert. In § 3 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 29

Die Futtermittelsachkunde-Verordnung wird geändert. In § 4 Absatz 2 und § 6 Absatz 3 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 30

Die Gartenbaufachwerkerverordnung wird geändert. In § 3 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 31

Das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz wird geändert. In § 16 Absatz 2 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ ein Komma und das Wort „elektronisch“ eingefügt. Dadurch wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 32

Die Landesfischereiverordnung wird geändert. In § 6 Absatz 2 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 33

Das Gesetz über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft wird geändert. In § 9 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 34

Die Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes wird geändert. In § 2 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 35

Die Prüfungsordnung für den tierärztlichen Staatsdienst wird geändert. In § 6 Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort „unterschiedener“ gestrichen. Dadurch muss der Lebenslauf mit Nachweis der beruflichen Tätigkeit nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums der Veterinärmedizin nicht mehr unterschrieben werden. In § 16 Absatz 8 Satz 1 und § 18 Absatz Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 36

Die Qualifizierungs- und Prüfungsordnung für Veterinärhygienekontrolleurinnen oder Veterinärhygienekontrolleure wird geändert. In § 16 Absatz 2 Satz 2, § 19 Absatz 7 Sätze 1 und 4 und § 23 Absatz 2 Satz 4 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 37

Die Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über die Durchführung von Abschlussprüfungen in den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft wird geändert. In § 3 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 38

Die Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über die Durchführung von Fortbildungsprüfungen in den Berufen der Landwirtschaft wird geändert. In § 3 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 39

Das Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative wird geändert. In § 7 Absatz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 40

Die Gutachterausschussverordnung wird geändert. In § 13 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 41

Das Landesplanungsgesetz wird geändert.

Zu Nummer 1: Die Änderungen dienen der Vermeidung von Formfehlern in den Planaufstellungsverfahren, der Klarstellung der gesetzgeberischen Intention und der Korrektur eines Redaktionsversehens.

Zu Nummer 2: Mit der Neuregelung der Vorschriften des § 13 LplG durch das Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom 18. März 2025 (GBl. 2025 Nr. 22) wurde das Anzeigeverfahren anstelle der Genehmigung als Voraussetzung für das Verbindlichwerden der Regionalpläne generell für alle Planänderungen eingeführt. Das für die Verbindlichkeit eines beschlossenen Regionalplans/einer beschlossenen Planänderung zum Ausbau der Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik zu durchlaufende Verfahren unterscheidet sich daher grundsätzlich nicht mehr von dem Verfahren, das bei den übrigen Regionalplänen oder -planänderungen zu durchlaufen ist. Dies wird durch die vorliegende Änderung klargestellt. Die in § 13a Absatz 3 und 4 enthaltene Spezialregelungen zu § 13 Absatz 2 und 3 bleiben aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung hiervon unberührt.

Zu Nummer 3: In § 18 Absatz 6 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 42

Die Zulassungsverordnung der Akademie für Darstellende Kunst wird geändert. In § 4 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3, § 11 Satz 2 und § 12 Absatz 1 Satz 3 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 43

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Archivdienst wird geändert. In § 23 Absatz 5 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 44

Die Filmakademie-Prüfungsverordnung Diplomaufbaustudiengänge wird geändert. In § 7 Absatz 6 Satz 3 und § 16 Absatz 3 Satz 2 wird jeweils das Schriftformerfordernis gestrichen. Dadurch ist die Erklärung nicht mehr an eine bestimmte Form gebunden.

Zu Artikel 45

Die Prüfungsverordnung B.A. Regie wird geändert. In § 10 Absatz 4 und Absatz 5 Sätze 2 und 4, § 12 Absatz 4 Sätze 2 und 3, § 16 Absatz 3 und § 20 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 46

Die Bachelor Schauspiel-Prüfungsverordnung wird geändert. In § 10 Absatz 4 und Absatz 5 Sätze 2 und 4, § 12 Absatz 4 Satz 2, § 16 Absatz 3 und § 20 Absatz 1

wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 47

Die Master Dramaturgie-Prüfungsverordnung wird geändert. In § 10 Absatz 4 und Absatz 5 Sätze 2 und 4, § 12 Absatz 4 Satz 2, § 16 Absatz 3 und § 20 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 48

Die Filmakademie-Prüfungsverordnung wird geändert. In § 7 Absatz 6 Satz 3 und § 11 Absatz 2 Satz 2 wird jeweils das Schriftformerfordernis gestrichen. Dadurch ist die Erklärung nicht mehr an eine bestimmte Form gebunden.

Zu Artikel 49

Die Landesarchivbenutzungsordnung wird geändert. In § 2 Absatz 3 Satz 1 und § 3 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 50

Die Leistungsprämienverordnung des Wissenschaftsministeriums wird geändert. In § 2 Absatz 2 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 51

Die Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Eignungsprüfung für die Popakademie Baden-Württemberg wird geändert. In § 4 Absätze 2, 4 und 5, § 9 Absatz 7 Satz 1, § 12 Absatz 1 Satz 3 und § 13 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 52

Die Master MCI-Prüfungsverordnung wird geändert. In § 15 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1, § 20 Absatz 3 Satz 1, 23 Absatz 4, § 26 Absatz 1 Satz 1, Absatz 6 Satz 3 und Absatz 8 Satz 2 und § 28 Absatz 4 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 53

Die Master PM-Prüfungsverordnung wird geändert. In § 13 Absatz 1 Satz 7, § 15 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1, § 20 Absatz 3 Satz 1, § 23 Absatz 4, § 26 Absatz 1 Satz 1, Absatz 6 Satz 3 und Absatz 8 Satz 2 und § 28 Absatz 4 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 54

Die Popakademie-PrüfungsVO wird geändert. In § 7 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 6 Satz 3, § 9 Absatz 1 Satz 8, § 14 Absatz 2 und § 22 Absatz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 55

Die Weiterbildungsverordnung – Pflegedienstleitung für Altenhilfe und ambulante Dienste wird geändert. In § 7 Absatz 2 und § 18 Absatz 1 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 56

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung wird geändert. In § 12 Absatz 4 Satz 2 und § 17 Absatz 2 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 57

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe wird geändert. In § 3 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 5 Satz 2, § 12 Absatz 2 Satz 1, § 13 Absatz 2 Satz 2 und § 17 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 58

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten wird geändert. In § 13 Absatz 4 Satz 2, § 18 Absatz 2 Satz 2 und § 26 Absatz 2 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 59

Die Heilerziehungspflegeverordnung wird geändert. In § 15 Absatz 5 Satz 3, § 29 Satz 4, § 31 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 60

Die Heilpädagoginnenverordnung wird geändert. In § 9 Absatz 3 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 61

Die Jugend- und Heimerziehungsverordnung wird geändert. In § 13 Absatz 4 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 62

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst in der gesetzlichen Rentenversicherung wird geändert. In § 21 Absatz 4 Satz 4 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen. Dadurch ist die Erklärung nicht mehr an eine bestimmte Form gebunden.

Zu Artikel 63

Die Berufsgerichtsordnung Ärzte wird geändert. In § 16 Absatz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 64

Das Chancengleichheitsgesetz wird geändert. In § 21 Absatz 1 Sätze 1 und 4, § 29 Satz 3 und § 30 Absatz 5 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 65

Das Gesetz zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie wird geändert. In § 6 Absatz 3 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 66

Die Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit wird geändert. In § 8 Absatz 1 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 67

Die Weiterbildungsverordnung – Gerontopsychiatrie wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 2 Satz 2 und § 17 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 68

Die Verordnung des Sozialministeriums über den Erwerb der Fachhochschulreife an den staatlich anerkannten Schulen für die Gesundheitsfach- und Krankenpflegeberufe wird geändert. In § 4 Absatz 1 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. In § 7 Absatz 5 Satz 4 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen. Dadurch ist die Erklärung nicht mehr an eine bestimmte Form gebunden.

Zu Artikel 69

Die Weiterbildungsverordnung – Hygiene wird wie folgt geändert. In § 7 Absatz 2 werden die Ziffern 1 und 2 gestrichen. Die bisherigen Ziffern 3 und 4 werden zu Ziffern 1 und 2. Der Antrag kann damit ohne die bisher in Ziffer 1 und 2 genannten Anlagen gestellt werden. In § 9 Absatz 2 Satz 2, § 12 Absatz 8 Satz 3 und § 13 Absatz 4 Satz 3 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 70

Die WVO-Pflegeberufe wird wie folgt geändert: In § 3 Absatz 4 Satz 3, § 8 Satz 3, § 11 Absatz 1 Sätze 1, 3 und 4, § 17 Absatz 6 Satz 2 und § 21 Absatz 1 Satz 3 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. In § 12 Absatz 5 Satz 5 wird das Wort „grundsätzlich“ gestrichen und nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

Zu Artikel 71

Die Jugendhilfe-Schiedsstellenverordnung wird geändert. In § 3 Absatz 2 und Absatz 3 Satz 1, § 5 Absatz 3 Sätze 3 und 4, Absatz 4 und Absatz 5 Sätze 1 und 2, § 8 Absatz 1 Satz 1 und § 11 Absatz 3 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 72

Die Verordnung des Sozialministeriums über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen wird geändert. In § 4 Absatz 6 Satz 1 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. § 12 Satz 2 wird neu gefasst. Jede in der Einrichtung tätige Person hat die Kenntnisnahme der Information zukünftig schriftlich oder elektronisch zu bestätigen.

Zu Artikel 73

Die Weiterbildungsverordnung – Nephrologie wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 und § 18 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 74

Die Weiterbildungsverordnung – Onkologie wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 und § 18 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 75

Die Weiterbildungsverordnung – Operationsdienst und Endoskopiedienst wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 und § 18 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 76

Die Weiterbildungsverordnung – Stationsleitung wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 3 und § 17 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 77

Die Prüfungsordnung-Ausbildereignung wird geändert. In § 7 Absatz 3 Satz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 78

Das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz wird geändert. In § 6 Absatz 3 Satz 4 und § 7 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 79

Die Weiterbildungsverordnung – Psychiatrie wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 und § 18 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 80

Die Weiterbildungsverordnung – Rehabilitation wird geändert. In § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 4 und § 18 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 81

Die Landesschiedsstellenverordnung Reha wird geändert. In § 6 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1 und § 8 Absatz 1 Sätze 1 und 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 82

Die Schiedsstellenverordnung SGB V wird geändert. In § 1 Absatz 4 und Absatz 5 Sätze 1 und 2, § 5 Absatz 2 Sätze 3 und 4 und Absatz 3 Sätze 1 und 3 und § 7 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 83

Die Schuluntersuchungsverordnung wird geändert. § 2 Absatz 4 wird neu gefasst. Im Vorfeld oder im Verlauf der Einschulungsuntersuchung genügt zukünftig die Erklärung einer einzelnen sorgeberechtigten Person in den jeweiligen Formularen.

Zu Artikel 84

Die Schiedsstellenverordnung – SGB XI wird geändert. In § 3 Absatz 2 und Absatz 3 Sätze 1 und 2, § 5 Absatz 3 Sätze 3 und 4, Absatz 4 und Absatz 5 Satz 1, § 8 Absatz 1 Satz 1 und § 11 Absatz 3 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 85

Die Verordnung der Landesregierung über den Landespflegeausschuss nach § 92 SGB XI wird geändert. In § 3 Absatz 2 und Absatz 3 Sätze 1 und 2, § 5 Absatz 3 Satz 3, Absatz 4 und Absatz 5 Satz 1 und § 10 Absatz 5 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 86

Das Landesmediengesetz wird geändert. In § 8 Absatz 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 87

Die Allgemeine Bergpolizeiverordnung (ABPVO) des Umweltministeriums wird geändert. In § 2 Nummer 7, § 6 Absatz 1 Satz 1, § 7 Absatz 2 Satz 1, § 8 Absatz 3, § 9 Absatz 2, § 63 Absatz 2, § 66 Absatz 5, § 67 Absatz 3, § 69 Absatz 4, § 77 Absatz 1 und § 178 Absatz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 88

Die Verordnung des Umweltministeriums über Sachverständige und Untersuchungsstellen für Bodenschutz und Altlasten wird geändert. In § 7 Absatz 1 Satz 1, § 9 Absatz 1, § 10 Absatz 1 Nummer 6, § 12 Absatz 1 Satz 1 und § 14 Absatz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 89

Die Bergpolizeiverordnung des Umweltministeriums für Schacht- und Schrägförderanlagen wird geändert. In § 2 Absatz 5, § 4 Absatz 2, § 10 Absatz 4, § 11 Absatz 3, § 32 Absatz 2 Nummer 8, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und § 64 Absatz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 90

Die Elektro-Bergverordnung wird geändert. In § 2 Nummer 25, § 7 Absatz 1 Satz 1 und § 36 Absatz 3 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 91

Die Feldes- und Förderabgabeverordnung wird geändert. In § 8 Absatz 3 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 92

Die Seismik-Bergverordnung wird geändert. In § 2 Absatz 2 und § 7 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 93

Die Sanierungsfahrplan-Verordnung wird geändert. In § 3 Absatz 7 und § 6 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 5 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 94

Die Tiefbohr- und Gasspeicher-Bergpolizeiverordnung wird geändert. In § 20 Absatz 3 und § 82 Absatz 1 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 95

Die Verordnung des Umweltministeriums über sachverständige Stellen in der Wasserwirtschaft wird geändert. In § 3 Absatz 1 Satz 1 und § 4 Nummer 5 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 96

Das Wassergesetz für Baden-Württemberg wird geändert. In § 27 Satz 3, § 38 Absatz 1 Satz 1, § 86 Absatz 1 Satz 1, § 87 und § 120 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Bei Vorhaben, die z. B. mit der Beteiligung von Dritten einhergehen bzw. die der Auslegung bedürfen und dabei keiner zwingenden digitalen Verfahrensführung unterliegen, sollen die Behörden die Möglichkeit haben, die Antragsunterlagen in Schriftform zu verlangen (§ 86 Absatz 1 Satz 2). Darüber hinaus kann auf die formale Unterzeichnung von Unterlagen durch Sachverständige nach § 86 Absatz 2 verzichtet werden, wobei die Unterlagen nach wie vor von befähigten Sachverständigen gefertigt sein sollen. Die Änderung ermöglicht es den Behörden, vorhabenangemessen zu agieren und vereinfacht die Kommunikation auf digitalem Weg.

Zu Artikel 97

Die Verordnung des Umweltministeriums über die Erfassung der Wasserentnahmen wird geändert. In § 3 Absatz 1 und § 4 Nummern 1 und 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 98

Das Landesseilbahngesetz wird geändert. In § 14 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 wird jeweils neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 99

Die Verordnung des Verkehrsministeriums über die Straßenverzeichnisse für Gemeindeverbindungsstraßen wird geändert. In § 2 wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen.

Zu Artikel 100

Das Landesglücksspielgesetz wird geändert.

Zu § 6: § 6 hat wegen einer vorangegangenen Streichung keinen Inhalt und kann für eine neue Regelung genutzt werden. Um Unklarheiten der bisherigen Regelung zu Schulungsanbietern in § 7 Absatz 2 auszuräumen, wird in § 6 ein Zulassungsverfahren für die Schulungsträger vorgesehen. Mit der Regelung sollen Qualität und Zielsetzung der vorrangig der Suchtprävention dienenden Schulungen im Sinne von § 6 Absatz 2 Satz 3 Nummer 3 GlüStV 2021 und § 7 Absatz 2 Sätze 4 und 5 LGlüG sichergestellt werden. Gleichzeitig soll den Anforderungen der Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt) Rechnung getragen werden. Die Mindestvoraussetzungen für die Zulassung von Schulungsträgern dienen insoweit der öffentlichen Ordnung, dem Gesundheitsschutz, dem Schutz von Dienstleistungsempfängern und dem Verbraucherschutz. Die Zulassung ist an zwei Voraussetzungen geknüpft. Als erstes ist für die Zulassung der Nachweis vorgesehen, dass keine Verbindung zu einem Glücksspielanbieter besteht. Insbesondere sind Verbindungen finanzieller oder organisatorischer Art auszuschließen, da sie eine unerwünschte, den Zielen des § 7 Absatz 2 Sätze 4 und 5 zuwiderlaufende Einflussnahme des Glücksspielanbieters auf die Durchführung der Schulung und die Schulungsinhalte ermöglichen. Interessenskonflikte bei der Durchführung der vorrangig der Suchtprävention dienenden Schulungen sollen damit ausgeschlossen werden. Als zweites ist eine geeignete (sucht)fachliche Qualifikation nachzuweisen. Hierfür wird auf die Qualifikation von Fachkräften in Suchtberatungsstellen Bezug genommen, die gemäß der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Gewährung von Zuwendungen für psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und -kranke sowie für Kontaktläden gefördert werden (Hochschulabschlüsse in Sozialer Arbeit/Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften Fachrichtung Sozialpädagogik, Psychologie, Psychologische Psychotherapie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin und vergleichbare Hochschulabschlüsse). Die Qualifikation muss hinsichtlich des Inhalts, der Dauer und des Umfangs vergleichbar sein. Suchtberatungsstellen, die nach der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Gewährung von Zuwendungen für psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und -kranke sowie für Kontaktläden gefördert werden, gelten aufgrund ihrer Eignung ohne weitere Prüfung als zugelassen. Es handelt sich um Einrichtungen in Trägerschaft der Stadt- und Landkreise oder in Trägerschaft der kommunalen, kirchlichen und sonstigen gemeinnützigen Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie ggf. von Körperschaften Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts, deren Fachkräfte für die umfassenden Aufgaben einer Suchtberatungsstelle qualifiziert sind (Hochschulabschlüsse in Sozialer Arbeit/Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften Fachrichtung Sozialpädagogik, Psychologie, Psychologische Psychotherapie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin und vergleichbare Hochschulabschlüsse). Das Sozialministerium wird ermächtigt, das Nähere zu Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren in einer Rechtsverordnung zu regeln. Insbesondere sind Regelungen zur Zuständigkeit und zu den Anforderungen an den Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen zu treffen. Für den Nachweis, dass keine Verbindung zu einem Glücksspielanbieter besteht, kann die Vorlage einer eidesstattlichen Versicherung vorgesehen werden. Weitere Regelungen können zur Anerkennung von Schulungsträgern aus anderen Bundesländern und zur geeigneten Veröffentlichung von zugelassenen Schulungsträgern vorgesehen werden.

Zu § 7 Absatz 2 Satz 1: Nachdem in § 6 ein Zulassungsverfahren für die Schulungsträger vorgesehen wird und die Schulungsträger sich ausschließlich danach bestimmen, ist § 7 Absatz 2 Satz 1 entsprechend anzupassen. Das heißt, es werden die Wörter „eine anerkannte, in der Suchthilfe in Baden-Württemberg tätige Einrichtung zu schulen, die“ durch die Wörter „einen gemäß § 6 zugelassenen Schulungsträger zu schulen, der“ ersetzt. Es soll nicht möglich sein, dass Schulungsträger die inhaltliche Schulungsdurchführung auf Dritte übertragen. Dies ist notwendig, um die Qualität und Neutralität der Schulungen zu gewährleisten.

Zu § 7 Absatz 2 Satz 6: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu § 7 Absatz 2 Satz 8: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

b) § 7 Absatz 3: Die Neufassung des Absatzes 3 dient der Klarstellung, dass nur alle zwei Jahre über die Umsetzung des Sozialkonzepts zu berichten ist. Der Bericht ist jeweils nach Ablauf der zwei Jahre bis zum 31. März des darauffolgenden Jahres vorzulegen. Zuständig für die Prüfung der Berichte ist die jeweilige Erlaubnisbehörde.

Zu § 7a: Aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit sind die mit dem Landesglücksspielgesetz vom 25. Februar 2025 eingeführten Regelungen zur Fachstelle Glücksspielsucht in § 7a um konkrete Regelungen zur Finanzierung zu ergänzen. In Absatz 1 ist geregelt, dass die Kosten der Fachstelle nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes vom Land finanziert werden. Außerdem wird ein neuer Absatz 4 eingefügt, wonach klargestellt wird, dass die Kostenerstattung nach Rechnungslegung an die Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg e. V. erfolgt. Durch die Regelung entstehen keine Kosten. Die Kosten der Fachstelle Glücksspielsucht und deren Finanzierung aus zur Verfügung stehenden Mitteln des Einzelplans 09, Kapitel 0922 Titelgruppe 75 wurden bereits in der Begründung zu § 7a LGlüG vom 25. Februar 2025 dargestellt. Die Regelung enthält lediglich eine entsprechende Klarstellung im Gesetzestext und eine ergänzende Regelung zur Verfahrensweise bei der Kostenerstattung.

Zu § 41: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu § 48 Absatz 1 Nummer 17: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 101

Die Gebührenverordnung Innenministerium wird geändert. Der Gebührentatbestand ist an die aktuell geltende Allgemeine Erlaubnis für öffentliche Lotterien und Ausspielungen in Form des Gewinnsparens vom 17. Juni 2025 anzupassen.

Zu Artikel 102

Die Verordnung der Landesregierung über die Errichtung von Einigungsstellen bei Industrie- und Handelskammern nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wird geändert. Durch die Änderung erfolgt eine Zuständigkeitskonzentration auf vier Industrie- und Handelskammern anstatt der sechs Industrie- und Handelskammern, bei denen bislang eine Einigungsstelle nach § 15 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb eingerichtet ist. Der Zuständigkeitszuschnitt orientiert sich am Gebiet der vier Regierungsbezirke und dient der Effizienzsteigerung.

Zu Artikel 103

Redaktionelle Anpassung in Folge des Neuzuschnitts und der Umbenennung des bisherigen Bundesministeriums für Bildung und Forschung in das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt nach den Bundestagswahlen im Jahr 2025.

Zu Artikel 104

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.



Stellungnahme des Normenkontrollrates Baden-Württemberg gem. Nr. 4.1 VwV NKR BW

08.09.2025

Zweites Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

NKR-Nummer 126/2025, Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
Baden-Württemberg

Der Normenkontrollrat (NKR) Baden-Württemberg hat sich mit dem Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens befasst.

I. Im Einzelnen

Das Regelungsvorhaben ist Ergebnis eines zweiten Normenscreenings von bestehenden Gesetzen und Verordnungen. Dabei hatten die Ressorts Schriftformerfordernisse auf ihre Erforderlichkeit geprüft. Bereits im Jahr 2018 fand ein erstes Normenscreening statt.

Durch das Regelungsvorhaben sollen 324 Schriftformerfordernisse in 101 Gesetzen und Verordnungen beseitigt werden. Einzelne Schriftformerfordernisse werden vollständig gestrichen. In den überwiegenden Fällen wird neben der Schriftform auch eine einfache elektronische Erklärung zugelassen. Mitteilungen, Erklärungen, Einwilligungen, o. ä. können somit per einfacher E-Mail übermittelt werden. Des Weiteren erfolgen redaktionelle Folgeanpassungen.

II. Votum

Der NKR begrüßt, dass ein zweites Normenscreening erfolgt ist. Die Anzahl von 324 verzichtbaren Schriftformerfordernissen zeigt, dass es sich dabei um einen lohnenswerten Prozess handelt.

Die elektronische Übermittlung erspart den Normadressaten Aufwand und Kosten. Im beruflichen Kontext und bei Ausbildungsverhältnissen erfolgt die Kommunikation mittels dienstlichen bzw. hochschulischen E-Mail-Accounts. Dadurch kann die Authentizität der Absender sichergestellt werden. Schriftliche Mitteilungen und Erklärungen sind hier weder zeitgemäß, noch entsprechen sie der gängigen Praxis. In solchen Fällen wäre es aus Sicht des NKR auch denkbar, die Schriftform durch die Textform nach § 126b BGB zu ersetzen. Insbesondere bei Masseverfahren könnten dadurch eventuelle Parallelstrukturen vermieden werden.

Der NKR prüft Schriftformerfordernisse, wenn er an neuen Entwürfen von Rechtsvorschriften beteiligt wird. Er hat in betreffenden Stellungnahmen vorgeschlagen, auf die Schriftform zu verzichten. In zahlreichen Fällen wurden die Empfehlungen des NKR von den Ressorts aufgegriffen. Der NKR nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass auch mit dem Regelungsvorhaben Schriftformerfordernisse beseitigt werden, die der NKR BW angesprochen hatte; darunter Schriftformerfordernisse in der Gartenbaufachwerkerverordnung (NKR-Nr. 118/2021), in der Filmakademie-Prüfungsverordnung (NKR-Nr. 143/2022), in der Filmakademie-Prüfungsverordnung Diplomaufbaustudiengänge

(NKR-Nr. 144/2022) und in der Verordnung des Sozialministeriums über Weiterbildungen für Pflegeberufe in Baden-Württemberg (vgl. NKR-Nr. 85/2020).

In anderen Fällen stellt der NKR fest, dass zum Teil weiterhin Schriftformerfordernisse geregelt werden; so in der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung (vgl. NKR-Nr. 112/2022) und auch in der Landesfischereiverordnung (vgl. NKR-Nr. 134/2021), die Gegenstand dieses Regelungsvorhabens ist (vgl. Art. 33). Der NKR bittet darum, zu prüfen, ob auf diese Schriftformerfordernisse noch im Rahmen dieses Regelungsvorhabens verzichtet werden könnte.

Der NKR erkennt, dass sich die elektronische Form in der Behördenkommunikation immer mehr durchsetzt. Die letzte Änderung des Onlinezugangsgesetzes regelt den Schriftformersatz, wenn Erklärungen mittels Online-Formular über ein Verwaltungsportal abgegeben werden. Der NKR wünscht sich auch in Bereichen außerhalb von Verwaltungsportalen mehr Mut. Aus Sicht des NKR könnte mittels genereller Regelung festgeschrieben werden, dass sämtliche Schriftformerfordernisse auch durch die elektronische Form erfüllt werden können. Da es sich beim Abbau von Schriftformerfordernissen um einen kontinuierlichen Prozess handelt, sollte zumindest ein weitere Normenscreening in etwa fünf Jahren stattfinden.

gez. Margret Mergen
Stellvertretende Vorsitzende

gez. Alexander Kozel
Berichterstatler



Baden-Württemberg
Ministerium des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen

Leiter Abteilung 5
IT, E-Government,
Verwaltungsmodernisierung

Innenministerium | Willy-Brandt-Str. 41 | 70173 Stuttgart

Versand per Mail

Geschäftsstelle des
Normenkontrollrats Baden-
Württemberg

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Geschäftszeichen: IM5-0144.5-211/6/4
(bei Antwort bitte angeben)

Versand per Mail:

geschaeftsstelle@nkr.bwl.de

Datum: 11.09.2025

**Entwurf des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer
Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften
Beteiligung gem. Nr. 5.2.3 VwV Regelungen i. V. m. Nr. 3.1 VwV NKR BW
Ihr Schreiben vom 8. September 2025; NKR-Nummer 126/2025**

vielen Dank für Ihre Stellungnahme im Zuge der Beteiligung nach Nr. 5.2.3 VwV Regelungen zu o.g. Gesetzesvorhaben. Ihr Votum haben wir geprüft und möchten Ihnen unsere Einschätzung dazu erläutern.

Sie weisen darauf hin, dass die Ersetzung der Schriftform auch durch die Textform nach § 126b BGB denkbar sei. Insbesondere bei Masseverfahren könnten dadurch eventuelle Parallelstrukturen vermieden werden. Unserer Ansicht nach würde die Textform nach § 126b BGB Parallelstrukturen nicht wirksamer verhindern als die im vorliegenden Gesetzentwurf gewählte Regelungstechnik. Denn auch durch die Textform nach § 126b BGB wird die freiwillige Verwendung der Schriftform nicht ausgeschlossen.

Weiter bitten Sie um Prüfung, ob auf Schriftformerfordernisse in der Landesfischereiverordnung und der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung verzichtet werden kann. Diese Prüfung wurde bereits durchgeführt. Im aktuellen Gesetzentwurf ist die Änderung von § 6 Absatz 2 Satz 1 Landesfischereiverordnung vorgesehen. Zunächst war daneben auch die Änderung von § 20a Absatz 1 Satz 1 Landesfischereiverordnung vorgesehen. Diese zunächst geplante Änderung wurde aber durch das zuständige Ministerium im Rahmen der letzten Beteiligungsrunde gestrichen. Auch wurden im Rahmen des Normenscreenings

Seite 1 von 2

Willy-Brandt-Str. 41
70173 Stuttgart
E-Mail: poststelle@im.bwl.de
Telefon: +49 711 231-4

Homepage: im.baden-wuerttemberg.de
Serviceportal: service-bw.de
Datenschutz: im.baden-wuerttemberg.de/datenschutz



die Schriftformerfordernisse in der Juristenausbildungs- und Prüfungsverordnung auf ihre Verzichtbarkeit hin überprüft. Seitens des zuständigen Ministeriums wurden die bestehenden Schriftformerfordernisse jedoch als unverzichtbar angesehen.

– Ferner teilen Sie mit, dass aus Sicht des NKR mittels genereller Regelung festgeschrieben werden könnte, dass sämtliche Schriftformerfordernisse auch durch die elektronische Form erfüllt werden können. Mit § 3a VwVfG existiert eine entsprechende Ersetzungsvorschrift für die elektronische Form bereits.

Abschließend weisen Sie darauf hin, dass in etwa fünf Jahren ein weiteres Normenscreening stattfinden soll. Die entsprechende Notwendigkeit werden wir beobachten. Durch den mit den VwV Regelungen eingeführten Digitaltauglichkeits-Check sollte die Anzahl an Schriftformerfordernissen aber auch ohne ein weiteres Normenscreening weiterhin stetig abnehmen.

–

...

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse
und zur Änderung weiterer Vorschriften

Verteiler Anhörungsverfahren

Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg GmbH
Automatenverband Baden-Württemberg
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e. V.
Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e. V.
BBW – Beamtenbund Tarifunion
Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Baden-Württemberg
Bund Deutscher Sozialrichter - Fachvereinigung Baden-Württemberg
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-
Württemberg e. V.
Bund gegen Missbrauch der Tiere e. V. - Geschäftsstelle Baden-Württemberg
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB Landesverband Baden-Württemberg
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Baden-Württemberg
Familienbetriebe Land und Forst Baden-Württemberg e. V.
Filmakademie Baden-Württemberg GmbH
Finanzgericht Baden-Württemberg
Finanzrichterbund Baden-Württemberg
Forstkammer Baden-Württemberg, Waldbesitzerverband e. V.
Gemeindetag Baden-Württemberg
Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe
Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Baden-Württemberg
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) im Christlichen
Gewerkschaftsbund Deutschlands
Hauptstaatsanwaltsrat
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) – Landesbezirk Baden-
Württemberg

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse
und zur Änderung weiterer Vorschriften

Jagd-Natur-Wildtierschützerverband Baden-Württemberg e. V.

Jagdkynologische Vereinigung Baden-Württemberg e. V.

Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg

Landesarchiv Baden-Württemberg

Landesbauernverband in Baden-Württemberg e. V.

Landeselternbeirat

Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg

Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e. V.

Landesjagdverband Baden-Württemberg e. V.

Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e. V.

Landespflegerat Baden-Württemberg

Landesschulbeirat

Landesschülerbeirat

Landessozialgericht Baden-Württemberg

Landesstelle für Suchtfragen in Baden-Württemberg

Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V.

Landesverband Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg e. V.

Landesverband der Berufsjäger Baden-Württemberg e. V.

Landesverband der Lebensmittelkontrolleure Baden-Württemberg e. V.

Landeswaldverband Baden-Württemberg e. V.

Landkreistag Baden-Württemberg

Menschen für Tierrechte Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e. V.

Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Baden-Württemberg e. V.

Neue Richtervereinigung e. V. - Landesverband Baden-Württemberg

Oberlandesgericht Karlsruhe

Oberlandesgericht Stuttgart

Ökologischer Jagdverein Baden-Württemberg e. V.

Popakademie Baden-Württemberg GmbH

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse
und zur Änderung weiterer Vorschriften

Präsidialrat der Arbeitsgerichtsbarkeit

Präsidialrat der Finanzgerichtsbarkeit

Präsidialrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Präsidialrat der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Präsidialrat der Sozialgerichtsbarkeit

Städtetag Baden-Württemberg

Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer in Baden-Württemberg e. V.

Verband Deutscher Seilbahnen und Schlepplifte e. V.

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. - Landesgruppe Baden-Württemberg

Verein der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e. V.

Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter Baden-Württemberg e. V.

Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg

Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg

Zentren für Psychiatrie in Baden-Württemberg

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Ergebnis des Anhörungsverfahrens

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
Baden- Württembergischer Industrie- und Handelskammertag	<p>Die Initiative des Landes, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den Bürokratieabbau voranzutreiben ist begrüßenswert. Insbesondere die geplante Reduzierung von Schriftformerfordernissen und die Öffnung für digitale Verfahren sind wichtige Schritte in die richtige Richtung.</p> <p>Gleichwohl werden folgende Punkte hervorgehoben:</p> <p>1. Begrenzte Wirkung: Trotz der vorgesehenen Änderungen wird nach unserer Einschätzung nur ein geringer Prozentsatz der identifizierten Pflichten tatsächlich entfallen. Die von der IHK Region Stuttgart im Rahmen der Entlastungsallianz gemeldeten 400 Schriftformerfordernisse werden nur teilweise berücksichtigt. Damit bleibt die Entlastung für Unternehmen minimal.</p> <p>2. Auch inhaltlich kein „großer Wurf“: Die Maßnahmen sind punktuell und schaffen keine spürbaren Freiräume. Viele Vorschriften bleiben bestehen, und neue Klarstellungen können kurzfristig sogar zusätzlichen Umsetzungsaufwand erzeugen.</p> <p>Es sind demnach mutigere Schritte erforderlich: konsequentes Streichen überflüssiger Vorschriften, radikale Vereinfachung von Verfahren und ein Moratorium für neue Belastungen. Die Landesregierung sollte die von der Wirtschaft eingebrachten Vorschläge umfassender aufgreifen und den Abbau auch auf Bundes-</p>	<p>Insgesamt haben die Ministerien gemeinsam rund 1.450 Schriftformerfordernisse im Landesrecht auf ihre Verzichtbarkeit hin überprüft. Dabei wurde auch die im Rahmen der Arbeit der Entlastungsallianz durch die Industrie- und Handelskammer unter Einsatz eines KI-Tools erstellte Liste mit Schriftformerfordernissen berücksichtigt. Nicht auf alle Schriftformerfordernisse kann verzichtet werden bzw. können durch eine einfache elektronische Erklärung ersetzt werden.</p> <p>Die Schriftformerfordernisse erfüllen häufig (oft kumulativ) wichtige Funktionen (z. B. Warnfunktion, Beweisfunktion, Identifizierungsfunktion etc.). Nicht jede dieser Funktionen kann durch eine einfache elektronische Erklärung ersetzt werden.</p> <p>Eine Generalklausel, wonach alle landesrechtlichen Schriftformerfordernisse durch eine einfache elektronische Erklärung ersetzt werden, wurde geprüft, aus dem oben genannten Grund aber verworfen. Im Übrigen kann die Schriftform bereits heute durch die elektronische Form (§ 3a LVwVfG) ersetzt werden.</p>

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
	und EU-Ebene aktiv vorantreiben. Darüber hinaus besteht auch weiterhin die Forderung, dass das Agieren im Klein-Klein in der aktuellen wirtschaftlichen Situation nicht mehr ausreicht und durch ein Artikelgesetz ein deutlich größerer Hebel in Ansatz gebracht werden könnte – in diesem Fall: alle Schriftformerfordernisse auch durch die elektronische Form erfüllt werden können sollten.	
BBW – Beamtenbund Tarifunion	<p>Der Abbau von Formerfordernissen wird begrüßt. Damit sollen bürokratische Hürden abgebaut und medienbruchfreie elektronische Verwaltungsverfahren bzw. elektronische verwaltungsinterne Verfahrensabläufe leichter realisiert werden können.</p> <p>Hier sollte auch das Personalvertretungsrecht einbezogen werden: Die mit Schreiben vom 16.5.2023 im Beteiligungsverfahren zur Änderung der Wahlordnung zum LPVG (LPVGWO) erhobene Forderung, in § 13 Absatz 2 LPVGWO die schriftliche Zustimmung der in den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber um die Möglichkeit einer elektronischen Zustimmung zu ergänzen und die Schriftform durch die Textform zu ersetzen, insbesondere da bereits der Wahlvorschlag selbst nach § 11 Absatz 2 LPVGWO schriftlich einzureichen ist, wird erneuert. Gerade in einem Flächenland wie Baden-Württemberg stellt das Einsammeln von im Original unterzeichneten Dokumenten angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit eine besondere bürokratische Hürde im Prozess der Personalratswahlen dar.</p>	<p>Die LPVGWO gilt für eine Vielzahl unterschiedlicher Behörden. Die handschriftliche Unterschrift oder eine entsprechende qualifizierte elektronische Signatur auf den Zustimmungserklärungen wird weiterhin für erforderlich erachtet, weil der Schriftform eine besondere Funktion zukommt.</p> <p>Das Schriftlichkeitserfordernis (d. h. die handschriftliche Unterschrift oder ein elektronisches Pendant) der Zustimmungserklärungen der Bewerberinnen und Bewerber für die Aufnahme in einen Wahlvorschlag nach § 13 Absatz 2 LPVGWO wird – unabhängig davon, dass der Wahlvorschlag selbst nach § 11 Absatz 2 LPVGWO schriftlich einzureichen ist, für erforderlich gehalten, weil der Schriftform eine besondere Funktion zukommt. Das Schriftlichkeitserfordernis dient zum einen der Dokumentation darüber, wer kandidiert und wer der Aufnahme in die Liste zugestimmt hat (Identitäts- und Vollständigkeitsfunktion). Daneben soll es sicherstellen, dass die Zustimmungserklärung tatsächlich von der- oder demjenigen stammt, die als Wahlbewerberin oder der als Wahlbewerber aus dem</p>

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
		Wahlvorschlag hervorgeht (Echtheitsfunktion). Darüber hinaus soll der Wahlbewerberin oder dem Wahlbewerber im Sinne einer Warnfunktion die Ernsthaftigkeit der Bewerbung vor Augen geführt werden. Da die Zustimmungserklärung nicht gegenüber der Dienststelle oder einem Wahlorgan, sondern gegenüber der Person, die den Wahlvorschlag einreicht, abzugeben ist, findet kein direkter Kontakt zwischen Bewerberin oder Bewerber und Dienststelle bzw. Wahlvorstand statt. Die Zustimmungserklärung muss als Beleg dem Wahlvorschlag mit beigefügt sein, nur so kann die Zustimmung der Bewerberinnen und Bewerber gegenüber dem Wahlvorstand nachgewiesen werden.
Deutscher Richterbund Baden-Württemberg und Landesrichter- und -staatsanwaltsrat	Die sinnvollen und zeitgemäßen Erleichterungen werden begrüßt.	Keine Bewertung erforderlich.
JGHV Landesverband Baden-Württemberg e.V.- Jagdkynologische Vereinigung	Keine Einwände	Keine Bewertung erforderlich.
Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg	Auch wenn die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg durch die vorgesehenen Änderungen nicht direkt betroffen ist, wird die durch den Gesetzentwurf vorangetriebene Entbürokratisierung, insbesondere durch Wegfall verzichtbarer Schriftformerfordernisse ausdrücklich begrüßt.	Im Rahmen der Entlastungsallianz Baden-Württemberg wurden für den Bereich Gesundheit und Soziales zahlreiche Vorschläge zur Entbürokratisierung gemeinsam mit unterschiedlichen beteiligten Akteuren und Akteuren aus der Verwaltung und

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
	<p>Da sich die in dem Entwurf enthaltenen Entbürokratisierungsmaßnahmen auf die Verwaltungsorganisationen des Landes konzentrieren, weist die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg darauf hin, dass entsprechende Entlastungsmaßnahmen auch insbesondere für spezielle Normen im SGB V und in der Zulassungsverordnung für Ärzte (Ärzte-ZV) zu schaffen sind. Hierzu liegen dem Bundesministerium für Gesundheit bereits viele Vorschläge aus dem KV- bzw. KBV-System vor. Es würde begrüßt, wenn sich das Land auch hier für das Vorantreiben der Entbürokratisierung einsetzen würden. Positiv hervorzuheben ist, dass Baden-Württemberg bereits eine Vorreiterrolle mit der auf Landesebene gegründeten Entlastungsallianz Baden-Württemberg eingenommen hat. Ziel der Entlastungsallianz ist, den bürokratischen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung spürbar zu verringern. Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg hatte die Gelegenheit in der Facharbeitsgruppe 7 Gesundheit und Soziales / Unterarbeitsgruppe „Vereinheitlichung von Dokumentations- und Abrechnungsverfahren von Leistungen bei Krankenkassen“ Vorschläge zur Entbürokratisierung im Gesundheitswesen einzubringen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Arztpraxen insbesondere im hausärztlichen Bereich, viel Zeit für die Beantwortung von Anfragen, die von Krankenkassen, Medizinischem Dienst, Sozial- und Versorgungsämtern, Arbeitsämtern, Jobcentern, privaten Versicherungen, Pflegeheimen und anderen versendet werden, aufwenden müssen. Hierbei werden häufig von unterschiedlichen Stellen die gleichen Sachverhalte zu bestimmten Patienten abgefragt.</p>	<p>Berufsverbänden erarbeitet. Das Sozialministerium hat im Rahmen der Stellungnahme zu dem Referentenentwurf des BMG zur Verordnung zur Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte und der Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte einige dieser Forderungen und Vorschläge aufgegriffen und setzt sich mit Nachdruck auch in anderen Regelungsvorhaben des Bundes für das Vorantreiben der Entbürokratisierung ein.</p> <p>Insgesamt folgt das Sozialministerium der Stellungnahme der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Die vertragsärztliche Versorgung wird durch unnötige Bürokratie und mangelnde Digitalisierung zusätzlich belastet. Dies geht zu Lasten der Zeit für die Patientenversorgung. Aus diesem Grund wird das Sozialministerium sich auch bei künftigen Reformvorhaben des Bundes und des Landes für zusätzliche Digitalisierungsmöglichkeiten, weg von schriftlichen Papieranforderungen, einsetzen, um die Arbeit der Ärzteschaft zu erleichtern, damit sich diese wiederum auf ihren Sicherstellungsauftrag und die Patientenversorgung konzentrieren kann.</p>

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
	Da eine digitale Übermittlung bisher nicht möglich ist, müssen die Informationen mit hohem zeitlichem Aufwand immer wieder zusammengesucht und in die unterschiedlichen Formulare eingetragen werden. Es wird angeregt, dass hier eine weitere Entbürokratisierungsmaßnahme sinnvoll wäre, indem die Verwendung von einheitlichen Formularen sowie die digitale Übermittlung von den benötigten Informationen geschaffen würde.	
Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e.V.	Durch die Änderung der Gesetze und Vorschriften ergibt sich eine schnellere und zielführendere Kommunikation mit allen Beteiligten. Besonders in den Regelungen, von denen die Feuerwehren in Baden-Württemberg betroffen sind, werden diesbezüglich Verbesserungen gesehen.	Keine Bewertung erforderlich.
Landeswaldverband Baden-Württemberg e.V.	Der Landeswaldverband begrüßt die angedachten Vereinfachungen im Bereich der Jagd und des Wildtiermanagements. Das Ziel des Verbands ist es, den Wald in Baden-Württemberg mit seinen vielfältigen Funktionen zu erhalten und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung zu sichern. Dazu trägt auch wesentlich eine Jagdgesetzgebung bei, die einfach, nachvollziehbar und lebensnah gestaltet ist. Im Folgenden wird somit der vorliegende Gesetzentwurf unter dem Kriterium der Vereinfachung bewertet. Die Streichung der Notwendigkeit eines schriftlichen Einverständnisses in § 12 der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes wird unterstützt. Die Streichung der Notwendigkeit eines schriftlichen Einverständnisses wird unterstützt. Hier wird eine Entlastung der betroffenen Institutionen gesehen. Der Streichung wird zugestimmt. Die Ergänzung „elektronisch“ in § 16 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes trägt dem Einsatz zeitgemäßer Methoden zur Informationsübermittlung Rechnung. Die Kommunikation	Keine Bewertung erforderlich.

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
Landesstelle für Suchtfragen in Baden-Württemberg	<p>der Akteure wird dadurch vereinfacht. Der Ergänzung wird zugestimmt. Die übrigen vorgeschlagenen Änderungen in anderen Gesetzen werden aus Sicht des Walderhalts und der Waldbewirtschaftung als unkritisch eingestuft.</p> <p>Die Landesstelle für Suchtfragen in Baden-Württemberg begrüßt die vorgesehenen Anpassungen in Artikel 101 „Änderung des Landesglücksspielgesetzes“ grundsätzlich, führt jedoch folgende Punkte mit der Bitte um Beachtung an.</p> <p>Die Anpassung des § 6 LGlüG „Zulassung von Schulungsträgern“ wird positiv bewertet. Die in § 6 Absatz 2 Sätze 1 und 2 genannten Nachweise und Qualifikationen, die zur Zulassung als Schulungsträger erforderlich sind, stellen eine tragfähige und sachgerechte Lösung dar. Die Anerkennung der nach VwV PSB/KL des Landes geförderten Suchthilfeeinrichtungen ohne zusätzliche Prüfverfahren wird ausdrücklich befürwortet. Gleichzeitig ist es aus suchtppräventiver, fachlicher und struktureller Sicht weiterhin essenziell, dass Einrichtungen der Suchthilfe die tragende Rolle bei der Durchführung der Schulungen innehaben und als vorrangige Anbieter der Präventionsschulungen für Mitarbeitende von Glücksspielanbietenden fungieren. Die Durchführung dieser Schulungen durch Fachkräfte der Suchthilfe gewährleistet die notwendige fachliche Kompetenz, Qualität und Unabhängigkeit von branchennahen Interessen. Zudem fördern die Suchtberatungsstellen den direkten Zugang zum Hilfesystem und schaffen damit eine unmittelbare und wertvolle Schnittstelle für Mitarbeitende von Glücksspielanbietenden sowie für von Glücksspielsuchts Betroffene. Entsprechend möchten wir nochmals mit Nachdruck die zentrale Bedeutung der in § 6 Absatz 3 vorgesehenen</p>	<p>Der Änderungsbefehl zu § 7 Absatz 2 Satz 1 LGlüG wurde entsprechend angepasst. Im Übrigen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen.</p>

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
	<p>Rechtsverordnung betonen, durch die die Zulassungsvoraussetzungen und das Zulassungsverfahren näher geregelt werden sollen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die in dieser Rechtsverordnung festzulegenden Kriterien klar, verbindlich und überprüfbar formuliert sind, sodass glücksspielnahe Anbieter eindeutig und unmissverständlich vom Zulassungsverfahren ausgeschlossen werden. Ebenso muss die Nachweispflicht der Antragstellenden hinsichtlich der fachlichen Qualifikation sowie der nachweisliche Ausschluss einer personellen oder institutionellen Nähe zur Glücksspielbranche eindeutig geregelt und durch geeignete Kontrollmechanismen überprüft werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass neben den Einrichtungen der Suchthilfe ausschließlich vollständig unabhängige und fachlich qualifizierte Anbieter eine Zulassung erhalten.</p> <p>Hinsichtlich der Änderung des § 7 Absatz 2 und der Streichung der Formulierung „die die Durchführung der Schulung nicht auf dritte Personen übertragen darf“ wird darauf hingewiesen, dass diese Änderung ein Potenzial für Missbrauch birgt. Sie könnte eine Übertragung der Schulungsdurchführung auf nicht ausreichend qualifizierte Referentinnen und Referenten ermöglichen. Hier ist sicherzustellen, dass durch geeignete Nachweise und Kontrollmechanismen gewährleistet wird, dass ausschließlich qualifiziertes Fachpersonal mit der Schulungsdurchführung betraut wird. Den Änderungen des § 7a, insbesondere den Ergänzungen in Absatz 1 sowie der Einführung des neuen Absatzes 4, wird uneingeschränkt zugestimmt.</p>	

Anlage zur Begründung des Zweiten Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse und zur Änderung weiterer Vorschriften

Stelle	Wesentlicher Inhalt Stellungnahme	Bewertung
Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg	Der Verfassungsgerichtshof ist von diesem Gesetz durch die beabsichtigte Änderung des § 32 Abs. 1 Satz 2 VerfGHG betroffen. Der Vorschrift kommt in der Praxis des Gerichtshofs keine Bedeutung zu; sie ist bislang noch nicht zur Anwendung gekommen. Auch künftig ist nicht mit einer erheblichen Anzahl an Anwendungsfällen zu rechnen. Auch wenn insoweit keine Belange des Verfassungsgerichtshofs betroffen sind, wird darauf hingewiesen, dass die beabsichtigte Änderung in einem Widerspruch zu § 52 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags stehen dürfte. Zudem würde durch die Regelung die Spiegelbildlichkeit zu Art. 57 Abs. 2 Satz 1 LV aufgehoben werden.	Von der vorgesehenen Änderung des VerfGHG wird abgesehen.
Kommentar Beteiligungsportal	30% aller Verordnungen sollten auf den Prüfstand. Vor allem diese wo jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand weiß das sie überflüssig sind.	Den bereits eingeschlagenen Weg des Abbaus von Schriftformerfordernissen wird das Land Baden-Württemberg auch in Zukunft konsequent weitergehen.